

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger



Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postfachkonto: Breslau Nr. 10073, Konto bei: Disagio-Kasse der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 6.30, monatlich 2.10 M. frei Haus. Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 40 Pfg., von auswärts 45 Pfg., Vermietungen, Stellengesuche 35 Pfg., Reklamezeile 1.50 M.

Polens Friedensangebot an Rußland.

Ein Schulkonflikt.

Die preußische Vorlage über die Schuldeputationen verfassungswidrig.

Das Schulkompromiß der Reichsverfassung, über dessen Gehalten kein Zweifel bestehen konnte, ist jetzt bei dem preußischen Entwurf über die Schuldeputationen in die Erscheinung getreten. Angesichts des heftigen Widerstands des Zentrums blieb dem Unterrichtsamt der Landesversammlung kein anderer Weg, als ein Gutachten der zuständigen Reichsministerien einzuholen. Dieses Gutachten ist jetzt abgegeben worden und lautet dahin, daß die preußische Vorlage mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Das Gutachten befaßt im wesentlichen:

In dem der preußischen Landesversammlung vorliegenden Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen ist angedeutet, daß die Geistlichen der evangelischen Bekenntnisse und der katholischen Kirche, die bisher als solche ohne weiteres Mitglieder der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen waren, künftig den bezeichneten Körperschaften nicht mehr kraft ihres Amtes angehören sollen. Der Erlaß dieser Vorschrift ist nach Ansicht der Unterzeichneten mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht vereinbar.

Der Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung trifft hinsichtlich der Konfessionskirchen die Bestimmung, daß innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten sind, soweit dadurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird, und daß dabei der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst zu berücksichtigen ist. Das Nähere hierüber sollte die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes bestimmen. Bis zum Erlaß dieser reichsrechtlichen Grundsätze verbleibt es nach der ausdrücklichen Vorschrift des Artikels 175, Satz 1 bei der bestehenden Rechtslage.

Nach der Entstehungsgeschichte des Artikels 174, Satz 1 kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vorschriften, die einen wesentlichen Bestandteil des sogenannten Schulkompromisses bilden, das Ziel verfolgten, den in dem Problem der Konfessionskirchen liegenden politischen Streitstoff in seiner Gesamtheit bis zur Aufstellung reichsgesetzlicher Grundsätze zurückzuführen und eine vorübergehende Lösung der damit zusammenhängenden Fragen durch die Landesgesetzgebung zu beschleunigen. Die bezeichnete Verfassungsvorschrift steht daher jeder Landesgesetzlichen Bestimmung entgegen, die ihrem Inhalte nach die bisherige rechtliche Gestaltung des Gesamtproblems in irgendeinem wesentlichen Punkte beeinflusst und geeignet ist, der in Artikel 146, Absatz 2 in Aussicht genommenen reichsgesetzlichen Aufstellung von Grundsätzen vorzugreifen und einen vorzeitigen Streit über sie zu entfesseln.

Berlin, den 31. Januar 1920.
Der Reichsminister der Justiz, gez. Schiffer.
Der Reichsminister des Innern, gez. Koch.

Sobald sich das preußische Kultusministerium zu diesem Gutachten geäußert hat, werden die Parteien der Landesversammlung zu der neuen Sachlage Stellung nehmen.

Der Reichsschulenausschuß trat gestern zu einer auf zwei Tage berechneten Konferenz unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch zusammen. Privatdozent Dr. Schwarz vom Reichsministerium des Innern berichtete über die Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz, die bekanntlich in der Zeit vom 7. bis zum 17. April im Reichstagsgebäude stattfinden soll. Es sind etwa 5000 Gesandte um Teilnahme eingeladen, die Zahl der Vertreter ist auf ungefähr

500 festgesetzt worden, einschließlich der Regierungsvertreter und der Einzelpersonen. Die Zahl der Referenten für die Reichsschulkonferenz beläuft sich auf dreihundert. Diese werden ihre Leitsätze und auch ihre Vorträge gedruckt vorher einreichen, zur mündlichen Ergänzung stehen ihnen noch zwanzig Minuten zur Verfügung. Die Diskussionsredner in den Vollversammlungen sollen eine Redezeit von zehn Minuten, und zwar höchstens zweimal zu derselben Frage, erhalten. Die Verhandlungen und die Abstimmungen können, wie Unterrichtssekretär Schulz ausführte, keinen der Regierungen bindenden Charakter tragen.

Ueber den Wegfall des Einjährigeneignisses berichteten Geheimrat Oberregierungsrat Reinhardt (Berlin) und Oberregierungsrat Köstler (Wittenberg). Es wurden Vorschläge angenommen, wonach die in der Behörde vorgesehenen Prüfungen nicht mehr abgehalten werden und die höheren Schulen sowie die Lehrerbildungsanstalten keine besonderen Einjährigeneignisse mehr anstellen sollen. Die Reichsschulkommission ist aufzulösen. Die bisher militärberechtigten höheren Privatsekretäre sollen im Jahre 1921 ebenfalls Abgangsprüfungen unter der Leitung eines Regierungskommissars abgeben, und den Schülern soll bescheinigt werden, daß das bestandene Examen früher zum einjährigfreiwilligen Dienst berechtigt habe.

Zur Frage Zölle der Lehrerinnen wurde nach Referaten des bayerischen Ministerialrates Hauptmann und des badischen Kultusministers Summann und nach längerer Aussprache folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Der Reichsschulenausschuß hält es für dringend notwendig, daß die Frage der Berechtigung von Beamtinnen durch Reichsgesetz geregelt wird. Bis dahin wird den Unterrichtsverwaltungen der Länder empfohlen, für ihren Amtsbereich eine vorläufige Regelung für die Lehrerinnen unter Würdigung der Bestimmungen der Reichsverfassung zu treffen.“

Die Not des Zeitungsgewerbes.

Zum Anschluß an die allgemeine Zeitungsverlegerversammlung in Weimar trat am Montag auch die Vereinigung Großstädtlicher Zeitungsverleger zusammen, um die Regierung zu Maßnahmen aufzufordern, die geeignet wären, die der deutschen Tagespresse drohende Katastrophe aufzuhalten, und fasste insbesondere folgende Entschlüsse:

Die gesetzgebenden Körperschaften werden ersucht, die in die Umsatzsteuer eingefügte Anzeigensteuer sofort wieder aufzuheben. Das Zeitungsgewerbe weigert sich nicht, an den der Allgemeinheit auferlegten Lasten mitzutragen, und will sich daher der allgemeinen Umsatzsteuer auch für das Anzeigenwesen unterwerfen. Wieder abzuweichen aber will sie die Sonderbelastung, als welche sich die Anzeigensteuer darstellt, zumal in der jetzigen Fassung, welche die Tageszeitungen gegenüber allen sonst erscheinenden Druckschriften in Nachteil bringt.

Seit Erlaß des Gesetzes hat sich der mutmaßliche Betrag der Umsatzsteuer vielleicht schon um Milliarden vergrößert. Auch an dieser Ertragssteigerung hat das Zeitungsgewerbe einen Anteil durch die im Geldwert gestiegene ungeheure Umsatzsteigerung von Papier, Rohstoffen, Gehältern und Löhnen.

Da die Nationalversammlung die Notlage der Presse anerkannt und sich bereit erklärt hat, ihr zu helfen, so leiste sie nun diese Hilfe vor allen Sondervergünstigungen durch die Befreiung von einer ungerechten Last. Sie erpore der Presse ferner alle weiteren gesetzgeberischen Eingriffe, wie z. B. die Senkung der Zeitungs-Postgebühren etc., die geeignet sind, die wirtschaftlichen Grundlagen des Verlagswesens noch mehr zu erschüttern und der Presse die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zu erschweren.

Die Polen von der Entente im Stiche gelassen.

Haag, 25. Februar. Der vom General Bilsudski dem Obersten Rat jetzt in London vorgelegte Entwurf des Friedensvertrages mit Sowjetrußland ist mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf übergeben worden, daß Polen nur infolge Mangels an moralischer und materieller Unterstützung durch die Alliierten sich veranlaßt gefühlt habe, Rußland ein solches Friedensangebot zu machen. Das bezieht sich natürlich auf den unerfüllten polnischen Drang nach Osten. Bilsudski legt auf eine ausdrückliche Zustimmung des Obersten Rates Wert, um „weiteren Mißverständnissen oder Fabelreden vorzuzukommen“. Ferner verlangt Bilsudski aus demokratischen Gründen, daß einige Mitglieder des russischen Parlaments ihre Unterschrift unter den Vertrag setzen. Der politische Friedensentwurf enthält unter anderem die Klausel, daß Rußland seine westlichen Randstaaten zwischen Finnland und der Ukraine, obwohl letztere jetzt von den roten Armeen besetzt ist, als souverän anerkennen müsse. Auf diesem Wege, sagte der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, zieht Polen die Rolle des Führers in dieser Gruppierung an sich, in die es sich allerdings mit Finnland und werde teilen müssen. Unter diesen Umständen sei vorauszufragen, daß dem polnisch-russischen Friedenskonkord auch die Vertreter der russischen Randstaaten beizutreten würden. Besonders Zaiten, aber auch Lloyd George sind dafür. Man wird aber wahrscheinlich erst Wilson konsultieren müssen. Nach den Enthüllungen der „Morning Post“ ist tatsächlich England im Begriff, auf finanziellen Wege völlig die Hand auf das Gebiet zwischen Polen und der Ostsee zu legen. Gerade darum wird es alles, was einer Randstaatenpolitik gegen Rußland Kräfte zuführt, unterstützen.

Deutschlands Beziehungen zu Sowjet-Rußland.

Berlin, 25. Februar. Der sozialdemokratische Abg. Gräf-Frankfurt und Gen. richten an die Preussische Landesversammlung einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie in planmäßiger Fortsetzung ihrer bisherigen Außenpolitik auf friedliche und korrekte Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere unseren Nachbarstaaten, hinarbeite. Unter der Voraussetzung, daß Sowjet-Rußland auf die Gleichstellung in die innerdeutschen Verhältnisse verzichte, sollen auch mit der Sowjet-Regierung in Rußland die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen möglichst rasch wieder aufgenommen werden, ohne indes den Charakter eines Bündnisses anzunehmen und ohne den Frieden mit irgendwelchen anderen Staaten zu gefährden.

Tower empfiehlt einen Danziger Staatsrat.

Danzig, 25. Februar. Sir Reginald Tower erklärte beim Empfang der Behördenvertreter, daß er die Danziger Regierungsgeschäfte auf die Dauer nicht allein führen wolle. Er halte es für die Interessen Danzigs für förderlich, wenn er zu seiner Unterstützung eine Körperschaft hätte, die aus eingesehnen Bürgern bestünde. Er dachte dabei an die Bildung eines Staatsrates, der bei der Ausarbeitung der Danziger Verfassung zur Mitwirkung herangezogen werden müßte.

„Unangenehme“ Gefühle in England.

Paris, 25. Februar. Der Auslandsminister des „Matin“, Sauerwein, erklärt in einem Londoner Telegramm: Frankreich verlange von England eine Militäralianz, unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika, zweitens die Befreiung der Rheinlande so lange, als es notwendig erscheine, und ihre Erweiterung auf das

Mehrheitsentscheidungen, außerdem dauernde wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zum Wiederaufbau. Eine räumliche und zeitliche Ausdehnung der Okkupation in den Rheinländern sei England sehr unangenehm. Dem englischen Oberkommando sei es auch unangenehm, daß schwarze oder marokkanische Truppen dort verwendet würden. Man erkläre, die Ausdehnung der Okkupation werde Frankreich und Deutschland und infolgedessen auch ganz Europa in einem Zustand erhalten, der weder Frieden noch Krieg sei.

Die Annexionsgier der französischen Generalität.

Zürich, 25. Februar. Die „Presse-Information“ meldet aus Paris: In einer amtlichen Abstimmung der Generale des französischen Oberkriegsrates ergab sich eine Mehrheit für eine dauernde Besetzung des linken Rheinufers, sowie einer späteren Angliederung des Saarbeckens und der Rheinlande an Frankreich.

Poincaré unverwundlich.

Basel, 25. Februar. Die „Information“ meldet aus Paris: Poincaré erklärte der Presse gegenüber, daß er bestrebt sein werde, die politische Niederlage Frankreichs auf der Londoner Konferenz wettzumachen. Er wolle seinen ganzen Einfluß aufwenden, damit die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages in peinlicher Weise und resolos erfolge. Ein Entgegenkommen der Entente gegenüber Rußland werde in erster Linie Frankreich zum Schaden gereichen.

Deutschlands Antwort auf die Kohlennote.

Berlin, 25. Februar. Die Antwort der deutschen Regierung auf die drohende Note des französischen Ministers Millerand betreffend die Forderung von deutschen Kohlen für Frankreich ist, wie offiziös mitgeteilt wird, sehr erfolgt. Die deutsche Note stellt sich auf den Standpunkt, daß die tatsächlichen Voraussetzungen für den Schritt Millerands nicht zureichend seien und materiell die Frage überhaupt von der Wiedergutmachungskommission zu erledigen sei.

Umsatz der Niederlande?

Genf, 25. Februar. „Havas“ meldet aus holländischer diplomatischer Quelle, daß die holländische Regierung offiziell die Internierung des Deutschen Kaisers und seine Zwangsdeportierung ablehnt, daß sie aber das Begehren des Völkerbundes auf Entfernung des deutschen Kaisers aus Europa zur Abwendung neuerlicher Störungen für den Frieden annehmen würde. Auch der „Temps“ und das „Journal des Debats“ deuten bereits den bevorstehenden Umsatz der Niederlande an.

Preussische Landesversammlung.

121. Sitzung, 25. Februar.

Am Regierungstisch: Gleich, Hähnlich.

Der Gesandtenrat über Steuerrechte in eingemeindeten Ortsteilen wird in zweiter und dritter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Über die Anträge Dr. Friedberg (D.) und Conrad (DnL) betr. eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Güchsmieten-Verordnung wird auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich abgelehnt. Der Antrag Friedberg wird mit 182 gegen 70 Stimmen abgelehnt, der Antrag Conrad mit 186 gegen 67 Stimmen. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums, wonach die Verordnung der Landesversammlung zur Kenntnisnahme überlesen werden soll.

Es folgt die Beratung des Antrages des Bevölkerungsausschusses, wonach die preussische Regierung die Reichsregierung veranlassen soll, zur

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

zur Regelung des Prostitutionswesens mit unglücklicher Beschleunigung einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Der Ausschuss fordert als Grundlage für einen solchen Gesetzesentwurf unter anderem: die Errichtung von Beratungsstellen, die Befestigung der polizeilichen Reglementierung und die Errichtung von Pflegeheimen, die Behandlungspflicht für alle Geschlechtskrankheiten, die Angehörigen ohne Namensnennung an ein zum strengsten Stillschweigen verpflichtendes Gesundheitsamt. Ferner unter anderem die Behandlungspflicht für Ärzte, ein unentgeltliches Behandlungsgeld, Behandlungsvorschriften, Gesundheitsnachweise von Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, sowie Behandlungszwang für solche Personen. Weiterhin werden verlangt: Strafbestimmungen zur Verhütung von Übertragung von Geschlechtskrankheiten, die Strafbarkeit des Verstoßes gegen den öffentlichen Anstand, der Stuppel und der Unzüchtigkeit, sowie ein Fürsorgeverfahren der Minderjährigen, welche gewerbsmäßig geschlechtlichen Verkehr betreiben.

Abg. Dr. Straube (Dem.)

empfiehlt namens des Ausschusses die einstimmige Annahme der vom Ausschuss gleichfalls einstimmig gefassten Beschlüsse. Das Verlangen zur rechten Zeit und das Wesen und Heilen im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten muß allem voranstehen, ehe der Staat mit Strafvorschriften eingreift. Es wird jahrgewöhnlicher emsiger Beschäftigung der Volkserziehung und der Unterweisung und Anteilnahme weiterer Volksteile, namentlich der Frauen, bedürfen, um hier ein Zusammenfallen der geschlechtlichen Vorschriften mit dem wirklichen Zustande zu erreichen. Seit vielen Jahren versichern uns die Behörden, es gäbe keine Bordelle mehr, und dennoch sind hier die Zustände schlimmer, als die Öffentlichkeit auch nur

ahnt. Das schlimmste ist der Glaube in der Männerwelt, daß die staatliche Untersuchung sicheren Schutz gegenüber geschlechtlicher Gefährdung gewährt. Streng war im Ausschuss zunächst die Angelegenheit, aber sie wurde schließlich als unbedeutend angenommen, da ja die Namen verschwiegen bleiben. Wenn irgendwo, so ist hierbei alle Geboten, denn die Geschlechtskrankheiten wachsen Woche um Woche weiter, und leider nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande.

Abg. Graf-Frankfurt (Soz.): Die Gesetzgebung hat auf diesem Gebiet vieles versäumt. Erst die Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit der Ärzteschaft in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat eine neue Wera eingeleitet. Wir brauchen eine Untersuchungsreform, die dafür sorgt, daß alle Ärzte zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgebildet werden. Der alte Polizeistaat hat alles dem Schutzmännchen überlassen und dadurch ist die Prostitution geradezu gefördert worden. Wir werden die Vorschläge des Ausschusses annehmen.

Abg. Dr. Jaffensperger (Ztr.): Wir haben Bedenken gegen die Angelegenheit. In unserem Volke muß wieder der Sinn für Reinheit erweckt werden. Es ist bedauerlich, wenn gewisse Zeitungen dem Kaiser Vermittlerdienste leisten.

Abg. Dr. Regenbaur (DnL) tritt für die Angelegenheit ein und empfiehlt einen Antrag seiner Partei zur Bekämpfung der Prostitution.

Abg. Dr. Weyl (U. Soz.): Wir stimmen den Vorschlägen des Ausschusses zu, aber die Prostitution wird auf diese Weise nicht beseitigt werden, denn sie ist zu eng mit der kapitalistischen Wirtschaft verbunden. Wir beantragen eine Verschärfung der Angelegenheit.

Abg. Dr. Straube (Dem.): Ich erkläre, daß meine Freunde den Anträgen des Ausschusses zustimmen werden, und daß wir den Antrag der Deutschnationalen an den Bevölkerungsausschuss überwiesen sehen möchten.

Abg. Stempel (D. Vpt.) erklärt, daß seine Freunde gegen die Bestimmung über Angelegenheit stimmen würden.

Hierauf nimmt das Haus die Vorschläge des Ausschusses für Bevölkerungspolitik einstimmig an, bis auf die Bestimmungen über die Angelegenheit, die gegen das Zentrum, die deutsche Volkspartei und einen Teil der Deutschnationalen angenommen werden.

Der Antrag der Deutschnationalen wurde dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen. Der Antrag der Unabhängigen betr. Verschärfung der Angelegenheit wurde abgelehnt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Kleine Vorlagen und Anträge. Schluß 6 Uhr.

Nicht freiwillig gegangen.

Berlin, 25. Februar. Zur Amtssuspension Erzbergers verläßt sich auf zuverlässiger Quelle: Erzberger ist nicht freiwillig gegangen. In der Dienstprüfung des Reichsstaatsrats war Erzberger zunächst nicht anwesend. Er wurde aber auf Anordnung des Reichsstaatsrats durch einen Kurier herbeigeholt. In dieser Sitzung wurde die Meinung aller Minister als dahingehend bekannt, daß Erzberger unverzüglich in Dispension beim Reichspräsidenten einzutreten habe. Das geschah in der 6. Abendstunde. Das Ermittlungsverfahren gegen Erzberger wegen Steuerhinterziehung wurde vom Landgericht 1 Berlin eingeleitet. Die Untersuchung der Steuerkraft Erzbergers durch das Finanzamt Charlottenburg wird mit äußerster Beschleunigung geführt werden und voraussichtlich bereits innerhalb zwei Tagen beendet sein.

Eine neue Erzbergerische Eigenmächtigkeit.

Stuttgart, 25. Februar. Den „Stuttgarter Neuesten Nachrichten“ wird aus Lorch gemeldet: Die Vereinigung der vertriebenen Elsas-Lothringer hatte gegen die Lebensversicherung einer Vorentscheidung von 500 Millionen Mark an die Elsas-Lothringer vertriebenen Schwerindustriellen protestiert mit dem Hinweis, daß die vielen Gesuche der vertriebenen Elsas-Lothringer für eine finanzielle Beihilfe des Reiches bisher noch immer unbeantwortet geblieben seien. Die Vereinigung erhielt jetzt ein amtliches Telegramm mit der Mitteilung, daß die Zahlung von 500 Millionen an die Schwerindustrie ohne Wissen der Reichsregierung vom Finanzminister Erzberger verfügt worden sei.

Der Fall Erzberger vor dem Parlament.

Berlin, 25. Februar. Rechtsstehende Zeitungen melden, daß die „Sache Erzberger“ entweder bei der Beratung der Steuern oder durch eine förmliche Anfrage seitens der Deutschnationalen zur Sprache gebracht werden wird.

Die Haltung der Zentrumsgruppe.

Köln, 25. Februar. Die „Köln. Volksztg.“ nimmt für die Zentrumsgruppe das erste Wort in der Erzberger-Angelegenheit in Anspruch. Das Blatt sagt: „Das erste Wort in der Erzberger-Angelegenheit gebührt zweifellos, soweit unsere Partei in Betracht kommt, der Zentrumsgruppe der Deutschen Nationalenversammlung. Sie wird in erster Linie darüber zu entscheiden haben, welche Konsequenzen für oder gegen Erzberger aus den mit seinem Namen verbundenen Affären zu ziehen sind.“

Prozeß Erzberger-Gelferich.

Berlin, 25. Februar. In der heutigen Sitzung schloß Erzberger aus: Meine Frau erklärte, daß sie

Dr. Thalberg absolut nicht kenne. Ich sah Thalberg nur, wie ich jetzt feststelle, einmal in Berlin. Ich stelle fest, daß ich am 17. August 1919 an die Reichsbank eine Depesche richtete, in welcher ich bat, daß ich

4000 Francs nach der Schweiz mitnehmen

dürfte, was die Reichsbank genehmigte. Oktober 1918 wurde mir mitgeteilt, daß mein einziger Sohn so schwer erkrankt sei, daß ich sofort abreisen müsse, wollte ich ihn noch am Leben finden. Ich reiste sofort ab und fand meinen einzigen Sohn in sterbendem Zustand.

Meine Frau und meine ältere Tochter waren ebenfalls schwer krank. Der Hausarzt erklärte, wenn meine Frau und das Kind nicht sofort Höhenluft suchen würden, lehne er jede Verantwortung ab. Ich schickte meine Familie zu einem befreundeten Bankier in der Schweiz, der mir erklärte, daß ich bei ihm so viel Kredit erhalten könne, wie ich wolle. Ich nahm aber den Kredit in gewissen Grenzen in Anspruch in der Weise, daß mir von jeder Auszahlung sofort Mitteilung gemacht wurde. Ich veranlaßte, daß der entsprechende Wert an den Bankier von hier aus geschickt wurde. Meine Familie blieb von Anfang Februar bis August 1919 in St. Moritz. Wegen dieser Reise nach der Schweiz werde ich seit einem halben Jahre

in der breitesten Öffentlichkeit immer wieder angegriffen

in dem Sinne, daß ich unerhörte Verschwendung trieb. Ich möchte den Familienvater sehen, der in ähnlicher Lage nicht ebenso gehandelt hätte, wie ich.

Vorsitzender: Sie schafften also für die Reise Ihrer Familie nach der Schweiz kein Kapital vorhin? — Erzberger: Nein. Es kamen dafür lediglich 4000 Francs für meine Reise in Frage. Ich schaffte jedenfalls für private Zwecke auf illegalem Wege kein Geld weder in die Schweiz, noch ins übrige Ausland. Als Leiter der Propaganda ließ ich allerdings für politische Zwecke Geld nach der Schweiz überweisen, stets offen durch die Deutsche Bank. In der Schweiz setzte nun eine unerhörte Nachschau ein und Spionage gegen mich ein. Zwei Personen, die ich namhaft machen kann, erklärten mir, es würde in der Schweiz für Helferei Material gegen mich gesammelt. In einer Post in Bern läge für diesen Zweck eine Million Francs zur Verfügung. Es müßte vor allen Dingen festgestellt werden, wieviel Geld ich von Frankreich erhalten hätte. Die Industrie gab für diese Materialsammlung Geld her. — Gelferich: Es handelt sich hier ganz offensichtlich um Mafsch und Tratsch. Ich möchte aber weiter fragen, belam Erzberger nicht im amtlichen Gepäc des Auswärtigen Amtes Geld nach der Schweiz? — Erzberger: Ich traf mit dem Auswärtigen Amt in dieser Hinsicht eine Vereinbarung, daß mir durch Kurier des Auswärtigen Amtes

Gelder für ganz bestimmte politische Zwecke nach der Schweiz übersandt wurden. Die Herren des Auswärtigen Amtes waren durchaus damit einverstanden. Diese Gelder wurden dann für politische bzw. lit. lit. lit. Zwecke, die aber letzten Endes auch einen politischen Zweck verfolgten, nämlich Stärkung des Deutschtums, verwendet.

Im weiteren Verlauf bekundete Bankier Andre zum Galie der Firma Wolf, das Reich habe seinerzeit in Holland Waren bestellt. Es war schwierig, für den Kaufbetrag Deckung zu beschaffen. Deshalb ist ein Abkommen mit Wolf getroffen worden, der zur Deckung der langjährigen Kredite für 80 Millionen Industriellen lief. Als Gegenleistung erfolgte ein Darlehen von 40 Millionen, das Wolf mit 4 Prozent verzinslich. Nach Ansicht des Zeugen handelte es sich um ein glänzendes Geschäft. Gelferich widerspricht der Aussage und weist auf die großen Mängel der Firma Wolf in allerhand Industriewerten hin. Andre erklärt auf Erzbergers Frage, das Geschäft habe zweifellos im Interesse des Reiches gelegen.

Nach einigen weiteren Zeugenvernehmungen, in denen nichts wesentliches mehr zur Sprache kommt, wird die Sitzung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Bunte Chronik.

Der verschobene Kindertransport.

Ein nicht alltägliches Ereignis, daß nämlich ein ganzer Transport erholungsbedürftiger Kinder mit samt der Führung, die zur Erholung ins Badische gebracht werden sollten, auf irrtümliche Weise in die Pfalz gelangte, passierte dieser Tage. 50 erholungsbedürftige Kinder im Alter von etwa 7 bis 13 Jahren, die aus Sachsen kamen und zur Kur nach Landau bei Wertheim bestimmt waren, trafen statt in Landau in Sandau in der Pfalz ein. Die Kinder waren bereits seit zwei Tagen unterwegs und mußten sogar in Ludwigsbühl, wo der Anschlag nach Sandau nicht mehr zu erreichen war, übernachten. Am nächsten Tage kamen sie in Sandau an, wo kein Mensch wußte, was sie in Sandau sollten. Erst nach und nach klärte sich der Irrtum auf. Nach einer warmen Mahlzeit, die der Frauenverein in Sandau den Kindern und ihren Führern spendete, konnten die armen Kleinen ihre Reise wieder fortsetzen. — Wäre früher so etwas möglich gewesen? Irrtümer sind auch vorgekommen, aber derartige Irrtümer waren vollständig ausgeschlossen.

Ein trauriges Bild von sittenlosen Zuständen.

entwirft der Bericht der Oberfelder Sittenpolizei für das verflossene Jahr. Darnach wurden in den letzten 12 Monaten im Mittelpunkt der Stadt, zum Teil auch aus Gasthöfen, zusammen 844 junge Mädchen aufgegriffen, die dem bummelnden Müßiggang oder dem Kaffee nachgingen. Von diesen mußten nach ärztlicher Untersuchung 163, also annähernd 50 Prozent, wegen Geschlechtskrankheit zur Zwangsheilung gebracht werden. Die dauernd wachsende Gefahr der Ansteckung ergibt sich u. a. auch aus dem Umstande, daß die Biffe

Ordentliche

öffentliche Stadtverordneten-Versammlung am 25. Februar 1920.

Am Magistratsstisch waren anwesend Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, Bürgermeister Dr. Niehner und Stadtbaurat Rogge. Das Stadtverordnetenkollegium war durch 33 Mitglieder vertreten. Leiter der Verhandlungen war Stadtvorsteher Stadtrat Dikreiter.

1. Mitteilungen.

Stadtvorsteher Dikreiter teilte u. a. mit, daß mehrere Stadtverordnete an den Magistrat eine Anfrage über die Gerichte betr. den bevorstehenden Anlauf des Rittergutes Altwasser durch Privatleute gerichtet hätten. Erster Bürgermeister Dr. Erdmann bemerkte hierzu, daß die Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Firma Kulniz über den Anlauf dieses Rittergutes weiter gingen und voraussichtlich ein günstiges Ergebnis haben werden. Ein Verkauf an Privatleute bedürfte der Genehmigung der Regierung. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kämen zudem nur Landwirte als Käufer in Frage, aber auch in diesem Falle stünde noch der Schlesische Landgesellschaft als einer gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft gesetzlich das Vorkaufsrecht zu.

2. Kleinere Vorlagen.

Zur Befreiung der Mehrausgaben bei der Gartenbauverwaltung im Rechnungsjahre 1919/20 werden debattelos 20 000 M. bewilligt. — Als stimmungsfähiger Bürger wurde anstelle des nach Breslau verzogenen Rebalteurs Weidlich der Gewerkschaftssekretär Brandt in den Schulausschuß der höheren Lehranstalten gewählt. — Der Magistratsantrag, der Erhöhung des täglichen Verpflegungssatzes für die Insassen des Altersheims auf 3 M. zuzustimmen und den hierdurch entstehenden Mehrbetrag von jährlich 9200 M. bewilligen zu wollen, wurde angenommen. — Ein Nachtrag zum Ortsstatut der gewerblichen Fortbildungsschule, der die Erhöhung des Schulgeldes vom 1. April d. J. ab berücksichtigt, wurde genehmigt. — Für die Kanalisation der Bahnhofstraße wurden 5739 M. nachbewilligt. — Der endgültigen Anstellung des Assistenten Schmidt und des Buchhalters Dinter wurde zugestimmt. — Die Kosten zur Erweiterung und anderweitigen Unterbringung städtischer Büros in Höhe von 45 000 M. wurden bewilligt. Stadtv. Uffe machte hierbei Mitteilungen über die in der vorigen Sitzung beschlossene dringliche Beschäftigung der neuen Büroräume durch eine Kommission. Diese sei von der unbedingten Notwendigkeit der Verlegung der Büros in das Amtsgerichtsgebäude zwar nicht überzeugt worden, wolle aber, nachdem die Verlegung nun einmal erfolgt ist, sich mit der Sache abfinden. Für künftige Fälle erwarte jedoch die Versammlung rechtzeitig von solchen Verlegungs- und Erweiterungsprojekten unterrichtet zu werden. — Dem Wschluß eines Wasserlieferungsvertrages mit dem Gemeindevorstand Ober Salzbrunn, bei dem es sich in der Hauptsache um die Einfügung einer Kohlenklausel analog früheren Verträgen handelt, wurde zugestimmt. — Die Mehrausgaben, die durch Aufbesserung der Stadtarbeiterlöhne um 30 Prozent im Rechnungsjahre 1919/20 entstehen, wurden debattelos bewilligt. — Mit der Neuordnung der Gehaltsbezüge der Hausmeister an den städt. Schulen erklärten sich die Stadtverordneten einverstanden und bewilligten hierfür den Mehrbetrag von 11 500 M.

3. Anlauf eines Wohnhauses im Stadtteil Altwasser.

Der Magistrat beantragt, dem Anlauf des Wohnhauses von Kaufmann Sinnermann in Waldenburg-Altwasser, Charlottenbrunner Straße Nr. 26, zuzustimmen. Da der Grund und Boden in der Hand des Besitzers bleibt und lediglich das Haus wegen der in letzter Straße auszuführenden Kanalarbeiten abgebrochen werden soll, betragen die Anlaufkosten nur 4500 M. — Stadtv. Kammerl warnt vor immer neuen Bewilligungen und fragt, wie sich der Magistrat eigentlich die Deckung denke. Fragte man in diesem Bewilligungsstempo fort, so bekommen wir in Waldenburg sicher auch noch ein 6. Steuerquartal. Er bitte auch zu berücksichtigen, daß durch den Wbruch des Hauses vier Wohnungen verloren gingen. — Stadtbaurat Rogge erwiderte, daß die Kosten durch eine Anleihe bei der städt. Sparkasse gedeckt werden sollen. Die Mieter in den vier Wohnungen sollen anderweitig untergebracht werden. — Stadtv. Götthilf fragt den Magistrat, was an dem Gerücht Wahres sei, daß hier eine größere Wohnung in der Gartenstraße, im Gebäude der „Waldenburger Zeitung“, dieser Tage an die Familie eines Breslauer Rechtsanwalts vermietet worden wäre. Diese Vermietung habe große Erregung in der Bürgerschaft ausgelöst, denn man frage mit Recht allgemein, warum das Wohnungsamt der Vermietung an eine auswärtige Familie zustimme, wo doch so viele Waldenburger Familien hier vergeblich nach einer Wohnung suchen. — Stadtbaurat Rogge erwiderte, daß es sich um die Wohnung des Professors Rosenhauer handle, der sich nach Verhandlungen mit dem Wohnungsamt bereit erklärt habe, der Flüchtlingsfamilie eines Rechtsanwalts von seiner 5 Zimmer-Wohnung 4 Zimmer abzutreten. — Erster Bürgermeister Dr. Erdmann bestätigte, daß es sich um

eine Flüchtlingsfamilie handle. Einer solchen könne nach den gesetzlichen Bestimmungen der Zuzug nach hier nicht verweigert werden. — Die Versammlung erklärte sich hierauf mit dem Anlauf des Sinnermannschen Grundstücks einverstanden.

4. Bewilligung der Mittel zum Bau von 7 Vierfamilienhäusern in Ober Altwasser.

Stadtv. Franz als Referent begründete die Magistratsvorlage, in der u. a. folgendes ausgeführt wird: „Gelegentlich einer Besichtigung der städtischen Grundstücke in Altwasser wurde auch dasjenige an der Bauereinsstraße, das als Ackergrundstück landwirtschaftlich genutzt wird, in Augenschein genommen. Es wurde festgestellt, daß es sich mit dem südöstlich angrenzenden, der v. Kulniz'schen Verwaltung — sogenanntes Seilerbahn-Grundstück — gut zur Bebauung in offener Bauweise eignet. Da häufigere Baupläze im Stadtgebiet knapp sind und weiter auch für diesen Stadtteil sicher ein Bedürfnis zur Schaffung von Wohnungen, und zwar solcher von Stufe und Küche mit Zubehör, vorliegt, beauftragten wir das Bauamt mit der Ausarbeitung entsprechender Projekte. Das geschah im Laufe des Spätsommers. Die Projekte wurden der Regierung zur Genehmigung und zur Bereitstellung des erforderlichen Ueberteuerungsbeitrages vorgelegt. Nach wiederholten mündlichen und schriftlichen Vorstellungen bei derselben und schließlich auch im Ministerium für Volkswohlfahrt in Berlin erlangten wir schließlich eine mündliche Zusage, der eine schriftliche folgte, nachdem eine Erklärung darüber verlangt und auch gegeben wurde, daß sich die Stadt nach wie vor bereit erklärt, ein Viertel des errechneten Ueberteuerungsbeitrages zu tragen, wie das in den Bestimmungen über Gewährung solcher Beihilfen festgelegt ist. Staat und Reich sichern eine Summe von 357 000 M. zu. Ein Gebäude wird zur Zeit einfach gewisser Leistungen für die Umzäunung, der Anlage des inneren Platzes, der Aufwendungen für Projektierung, Bauführung und Bewachung der Baustelle, aber wieder auschl. von Leistungen für den Grunderwerb und Anliegeranwendungen 145 500 M. kosten. Für sieben Gebäude ergibt sich also eine Summe von 1 018 500 M. Bleibt man hiervon die in Aussicht gestellten Zuschüsse ab, so verbleiben für die Stadt 661 500 M. Bewertet man einen Quadratmeter Wohnfläche mit 10 M. — eine Wohnung würde dann rund bei 45 Quadratmetern Größe 450 M. kosten —, so errechnet sich ein Ertragswert von 1250 X 10 X 16 = 200 000 M., ungedeckt und von der Stadt zu tragen bleiben also 461 500 M. Eine Verzinsung könnte mit nur rund 1,9 % gewährleistet werden.“

Wir sind nun der Meinung, daß in Anbetracht der ständig weiter steigenden Materialpreise und Löhne und in Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung aller Kosten für die in Ausführung begriffenen Bauten und Notstandsarbeiten eine weitere Belastung der städtischen Finanzen durch die Ausführung vorbenannter Bauten nicht mehr verantwortet werden könnte, wenn nicht inzwischen durch die Bestimmungen über die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln zur Errichtung von Bergmannswohnungen vom 21. Januar 1920 eine andere Art der Berechtigung und Gewährung der Ueberteuerungsbeiträge gewährleistet wäre. Danach können für Gebäude, die ausschließlich Wohnungen für Bergarbeiter usw. enthalten, volle Ueberteuerungsbeiträge gewährt werden. Die Stadt hätte also dann nur den Ertragswert aufzubringen. Wir beabsichtigen nun, diesen Bestimmungen nachzukommen und die Anträge an die betreffende Stelle sofort einzureichen. Weiter wollen wir versuchen, die uns von Reich und Staat nach dem alten Modus zugesicherte Summe auf andere Bauten, über deren Genehmigung dann Sondervorlage gemacht wird, übertragen zu lassen. Mit der Kulniz'schen Verwaltung ist bezüglich des Bauplatzes ein Abkommen dahin getroffen, daß unbeschadet späteren endgültigen Kaufs mit der Bebauung des ihr noch gehörenden Grundstückes schon jetzt begonnen werden kann. Unter diesen Voraussetzungen bitten wir, sich mit der Ausführung der Bauten bei sofortigem Beginn einverstanden zu erklären.“

Stadtv. Franz beantwortet im Prinzip die Annahme der Magistratsvorlage, stellt aber den Zusatzantrag, mit dem Bau der Häuser erst dann zu beginnen, wenn die Staatszuschüsse endgültig gesichert seien. — Erster Bürgermeister Dr. Erdmann weist auf die Wohnungsnot hin, die in Waldenburg immer ungetrübter werde. Es müsse darin unbedingt Wandel geschaffen werden, denn gegenwärtig sei die Zahl der Wohnungsuchenden hier auf 1000 gestiegen. Nach den Bestimmungen der neuen Verordnung über staatliche Zuschüsse müsse auch Waldenburg mit Reichszuschüssen bedacht werden. Er bitte, die Vorlage nicht etwa auf eine spätere Zeit zu vertagen, denn das Bauen werde von Monat zu Monat teurer. — Stadtverordneter Liehoner eintrug gegen die Vorlage zahlreiche Bedenken vor. Es sei nicht ratsam, schon jetzt mit dem Bau der Häuser zu beginnen, man solle vielmehr erst die Bewilligung der Staatszuschüsse abwarten. Leider sei auch die Bewilligung nicht von der Hand zu weisen, daß wir auch diese neuen Häuser letzten Endes nur für auswärtige Flüchtlingsfamilien bauen, denen wir ja gewungen sind, Unterkunft zu gewähren. Diese Geheißvorschrift für die Stadtverwaltung geradezu unermöglich, denn es sei eigentlich doch Sache des Reiches,

für die Unterbringung derartiger Zugewanderter auf Staatskosten zu sorgen. Die Stadtverwaltung habe die Pflicht, in erster Linie für ihre steuerzahlenden Bürger zu sorgen, die vor allen anderen Personen Anspruch auf Wohnungen hätten. Es sei auch noch fraglich, ob die jetzige Wohnungsnot dauernd anhalten werde, denn Auswanderungskommissionen hätten dieser Tage berichtet, daß gegenwärtig bereits eine starke Auswanderung junger deutscher Arbeitskräfte eingeleitet habe. So bedauerlich dies einerseits auch sei, so verständlich erscheine es andererseits, denn bei dem großen Mangel an Lebensmitteln werde die Ernährungsfrage immer kritischer. Zum übrigen dürften die Baukostenanschläge des Magistrats sicher noch eine Erhöhung um 50 % erfahren, denn bevor die Häuser gebaut würden, würden Monate vergehen, werden die Materialpreise und Arbeitslöhne weiter beträchtlich gestiegen sein. Der Redner glaubt, daß der jetzigen Stadtverversammlung schwere Vorwürfe gemacht werden könnten, wenn sie derartige kostspielige Bauprojekte nicht mit der größten Vorsicht prüfe. Letzten Endes würden ja doch die hohen Baukosten auf die Mieter abgewälzt. Direkte Steuern dürfe die Stadt nicht mehr erheben. Es blieben ihr künftig als Einnahmequelle nur noch indirekte Steuern, d. h. also weitere Erhöhung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität. Betroffen würden dadurch aber hauptsächlich die ärmeren Bevölkerungsteile. Nicht zu ver-gessen sei, daß die hiesigen Betriebe dauernd zur Einstellung von auswärtigen Schwerkraften verpflichtet seien, auch in dieser Beziehung werde man also für Fremde bauen müssen. Ob der Staat auch in Niederschlesien Bergarbeiterfamilies schaffen werde, müsse abgewartet werden, denn gegenwärtig würde im westfälischen Revier länger gearbeitet als hier und der Reichsregierung komme es bei der ganzen Sache doch hauptsächlich auf eine Steigerung der Kohlenproduktion an. Der Redner bittet schließlich, der Vorlage nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Stadt vom Reich auch wirklich die in Aussicht gestellten Zuschüsse erhält. — Erster Bürgermeister Dr. Erdmann meinte, daß der Vorschlag zu schwarz gefärbt habe, und hat keine Bedenken, daß die Stadt die Zuschüsse nicht erhalten werde. Die gesetzliche Bestimmung, daß Flüchtlingsfamilien Unterkunft gewährt werden müsse, beruhe im vorliegenden Falle nicht das Recht der Stadt, die zu erbauenden Häuser nur an Waldenburger Familien zu vermieten. Der Redner hat, angesichts der großen Wohnungsnot nicht zögern die Hände in den Schoß zu legen, sondern die Magistratsvorlage mit dem vom Stadtv. Franz vorgeschlagenen Vorbehalt betr. die Reichszuschüsse anzunehmen. — Stadtv. Kammerl befürchtet, daß die Stadt sich torhauen könnte und weist auf das passive Verhalten der Nachbarkorte in der Wohnungsfrage hin. — Stadtrat Dikreiter gibt zu, daß die ganze Ungegend nichts baue und alles Waldenburg überlasse. — Stadtbaurat Rogge gibt eine zahlenmäßige Darstellung der gegenwärtig im Bau befindlichen städt. Wohnhäuser. Seine Ausführungen bleiben jedoch auf der Journalistenebene gänzlich unverständlich, da er seine Ausführungen im Eilzugstempo herunterliest. — Stadtv. Kretschmer meint, daß man auch mit dem Bau dieser Häuser der Wohnungsnot nicht abhelfen werde. Man könne ein großes Feuer doch nicht mit einer Sieblanne löschen. — Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Rudolf, Becker, Stanké, Hoffmann, Liebenauer und Petric erhält Stadtv. Franz das Schlusswort. Er beantragt, mit dem Bau erst dann zu beginnen, wenn die Zuschüsse sichergestellt sind. — Die Versammlung nahm darauf mit diesem Vorbehalt die Magistratsvorlage an.

5. Kleine Vorlagen.

Zur Deckung der bei der Unterhaltung, Vereinigung und Beleuchtung der Bedürfnisanstalten entstehenden Ueberschreitungen werden 4500 M. nachbewilligt, bezugnehmend 1898 M. zur Beschaffung von Möbeln für das Museum, die evangelische Knabenschule und für die Hilfschule. — Zum Ausgleich des Haushaltsplanes der freiwilligen Feuerwehr im Stadtteil Altwasser werden 5500 M. bewilligt. — Der Anschaffung einer Schreibmaschine für das städt. Bau- und Wohnungsamt zum Preise von 2450 M. wurde zugestimmt. — Die Erhöhung der Entschädigung um 5000 M. für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März an den Unternehmer Hand für die Ausführung der Straßenreinigung in Altwasser wurde bewilligt. — Genehmigt wurde die Uebernahme des Ortsstatuts betr. das städt. Bau- und Wohnungsamt und ein Ortsstatut über die Aufhebung der Kanalisationsgebührenordnung für die frühere Gemeinde Altwasser. — Das Monatsgehalt der Stadtschreiber Breibich wurde von 180 M. auf 300 M. und ihr Kleidergeld von 150 auf 300 M. pro Jahr erhöht.

6. Erlaß einer Müllabfuhr-Gebühren-Ordnung in der Stadt Waldenburg.

Die Kosten für die Müllabfuhr wurden bisher aus steuerlichen Mitteln bestritten. Da diese Kosten sich aber außerordentlich gesteigert haben — für 1919/20 sind 470 000 M. herausgerechnet worden — so ist ihre Deckung aus Steuern einnahmen nicht mehr möglich. Es wurde deshalb einer Müllabfuhr-Gebühren-Ordnung zugestimmt, nach der von jedem Wohnungsinhaber eine auf das Hundert der Miete berechnete und am Anfang jeden Wirtschaftsjahres festzusetzende Gebühr zu zahlen ist. Die Gebühren-Ordnung tritt am 1. April 1920 in Kraft.

Der Verband von Beamtenvereinen des Kreises Waldburg

hielt unter seinem neuen Vorsitzenden, Oberlehrer Dr. Späth, im „Schwarzen Hof“ seine erste Vertreterversammlung im neuen Geschäftsjahre ab. Am beigetreten ist dem Verband der Eisenbahn-unterschiedsbeamtenverband Ortsgruppe Dittelsdorf. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf Beschlusfassung über den Anschluß des Verbandes zum Bezirksverband Breslau des Deutschen Beamtenbundes. Der Vorsitzende hob die große Bedeutung des Anschlusses an den Deutschen Beamtenbund hervor, die schon aus dem Grunde notwendig erscheint, weil die Staatsregierung ablehnt, mit anderen Beamtenorganisationen zu verhandeln. Freilich verteidigt der Verband dadurch seine Selbstständigkeit. In der Aussprache wurde eingehend das Für und Wider erörtert. Von den Segnern des Anschlusses wurde scharf kritisiert, daß der deutsche Beamtenbund zu einseitig die Interessen der Großstadtbeamten vertrete. Die Freunde des Anschlusses betonten die Wichtigkeit einer großen Einheit in einer mächtigen Organisation, und daß die Berufsorganisationen ja schon dem Bunde angehören. Sache des Ortsausschusses bzw. des Bezirksausschusses wird es sein müssen, auf die Leitung des Bundes Einfluß zu gewinnen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Beschlusses mit 14 gegen 6 Stimmen. Der Vorsitzende verbreitete sich dann über die Nichtlinien des Deutschen Beamtenbundes. Weiter wurden die eigenen Satzungen des Verbandes, — der nunmehr eine Ortsgruppe des Bezirksverbandes des Deutschen Beamtenbundes ist — einer Durchberatung unterzogen und in verschiedenen Punkten abgeändert, vor allem im Vorstand wesentlich geändert. Der Vorstand soll fortan aus drei Jahre (bisher ein Jahr) gewählt werden. Die Geschäftsführung geschah bisher durch einen Vorstand, einen Vertreterausschuß und eine Vertreterversammlung. Beschlossen wurde der Fortfall des Vertreterausschusses und dafür eine Vollversammlung einzusetzen. Der Vorstand soll erweitert werden und aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Die Ergänzungswahl ergab, daß Lehrer Hartwig (Weißstein) und Lehrer Wäld (Lehrer als Vertreter der Beamten und Lehrer der Ortsklasse C) in den Vorstand als Beisitzer hinzugeführt wurden.

Nach dem Beschluß der letzten Vertreterversammlung war eine dreigliedrige Kommission gewählt worden, die in Berlin beim Ministerium persönlich die Wünsche und Forderungen der Beamenschaft des Kreises Waldburg und wirtschaftliche Gleichstellung aller Orte des Kreises und Einreihung des gesamten Kreises in die Ortsklasse A vertreten sollte. Auf Anfrage ging vom Reichsfinanzministerium die Antwort ein, daß empfohlen wird, das Gesuch schriftlich einzureichen, was auch geschehen ist. Das preussische Finanzministerium antwortete telegraphisch, daß eine Vorprache nicht erforderlich sei, da die Besoldungsordnung in ständigem Zusammenarbeiten mit dem Deutschen Beamtenbunde erfolgt. Nach längerer Aussprache bezüglich der weiteren Schritte wurde der Antrag Hartwig (Weißstein) angenommen, den Vorsitzenden nach Berlin zu entsenden, um zunächst mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes wegen der Forderungen des Waldburger Ortsausschusses zu verhandeln und dann mit diesem zusammen zu versuchen, beim preussischen Finanzministerium — wenn möglich durch Unterstützung eines Abgeordneten — persönlich zu verhandeln. Der Verband wird beim Landratsamt dahingehend vorstellig werden, daß Beamtenfragen im Kreise nicht entschieden werden, ohne den Verband (Ortsausschuß) gehört zu haben. Zum Schluß der anwesenden Sitzung beschäftigte sich die Versammlung mit einem Schritte des Waldburger Schönschusses die freie politische Betätigung eines Beamten einschränken zu wollen und wurde diese Angelegenheit dem Vorstande zur Bearbeitung überwiesen, der in der nächsten Vertreterversammlung darüber zu berichten hat.

* Eine Viehzählung hat nach der Verordnung des Reichswirtschaftsministers am 1. März 1920 im Deutschen Reiche stattgefunden. Sie hat sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten und Hühner) zu erstrecken.

* Kreispolizeiverordnung. Im heutigen Inferatenteil der „Waldburger Zeitung“ veröffentlicht die hiesige Polizeibehörde eine Kreispolizeiverordnung betr. Leichenschau, Todesbescheinigung etc., auf die wir nach ganz besonders aufmerksam machen.

* 40 jähriges Berufs-Jubiläum. Frau Sebastian Bogler in Waldburg-Kienitz begeht am 27. Februar ihr 40 jähriges Berufs-Jubiläum.

* Jährerversammlung der Einwohnerwehren. Im Kreisbogenschießsaal des Kreisparkes fand gestern die erste Versammlung der Führer der bis jetzt gegründeten Einwohnerwehren statt, denen dadurch Gelegenheit gegeben wurde, sich gegenseitig kennen zu lernen. Ebenfalls geladen waren die Bürgermeister und Vorsteher der betreffenden Städte und Gemeinden, ferner die Amtsdorfschreiber. Kreisrat Michael führte den Vorsitz und leitete die Versammlung. Nach kurzer Begrüßungsansprache erteilte er dem Direktor Dr. Krüger von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, Mitteilung Einwohnerwehrenversicherung Breslau, zum wichtigsten Punkte der Tagesordnung — „Versicherung der Mitglieder“ — das Wort. Dann sprach der Vorsitzende über den heutigen Stand der jungen Einrichtung und behandelte eingehend die inneren Angelegenheiten. In der nun folgenden Aussprache kam es zu einem regen Austausch von Wünschen und Gegenwünschen, die bewiesen, wie die einzelnen Wehren bemüht sind, den gegebenen Richtlinien zu folgen.

* Der Zweigverein Altwasser des Evang. Bundes veranlaßt am 27. Februar in der Kirche einen Be-

traubabend, in dem Pastor Kötter aus Breslau das Thema behandeln wird: „Wie kann Oberbeschleunigung uns verloren gehen?“ Der Kirchchor trägt eine Motette vor. Im Anschluß daran findet in Wulles Brauerei eine Mitgliederversammlung mit dem Vortrage: „Aus der Arbeit des Evang. Bundes in unseren Tagen“ und mit freier Aussprache statt.

* Stadt-Theater. Infolge umfangreicher Vorbereitungen für die Operette des „Dreimäderlhaus“ bleibt das Theater am Freitag und Sonnabend geschlossen. Am Sonntag gelangt zum ersten Male unter Mitwirkung der gesamten Bergkapelle „Das Dreimäderlhaus“ zur Aufführung. Wir machen auf dieses interessante Stück mit der wunderbaren Musik von Franz Schubert ganz besonders aufmerksam. Die Leitung der Aufführung hat wiederum Oberregisseur A. v. Zeit übernommen.

* Der Verein für waldberechtigte Jagdsleute im Osten des Riesengebietes und im Waldburger Bergland hielt Montag im Hotel „zu den drei Raben“ in Danzsch unter dem Vorsitz des Majoratsherrn von Portatius auf Schwarzwaldbau seine erste Versammlung nach dem Kriege ab. Die Jagd, die im Berglande wie allorten arg darnieder liegt, zu heben, soll die erste Aufgabe sein. Die Teilnehmer aus den Kreisen Dirschberg, Landeshut und Waldburg wiesen nach, daß an dem Niedergang der Jagd und Fischerei das Wilderernwesen, hauptsächlich aber der sogenannte „Grenzschutz“ die Schuld trage, der ohne Rücksicht auf die Schoneiten alles niederschloß, was ihm an Wild begehrtestwert schien. Den Anregungen des Deutschen Jagdschützenvereins zur Hebung der Jagd wird auch im Riesen- und Waldburger Gebirge Geltung verschafft werden. So setzt der Verein für Personen, die irgendwie zur Feststellung von Jagdvergehen beitragen, hohe Summen aus. Auch die Aufsichtsdienste werden gebeten, den Jagdvergehen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Angaben erbitet der Verein, der dafür hohe Belohnungen ausstellt. Zur Vertilgung der die Jagd schädigenden Krähen setzt der Verein Prämien für die Einföhrung von Eiern und Krähen aus. Für jedes Krähen- und Paar Krähenfänge (Hühner) erhält der Einföhrer 1 Mark. Zu diesem Zweck sind Annahmestellen in den Orten Schwarzwaldbau, Lieben, Illersdorf, Gottesberg, Trautleben, Dirschberg, Waldburg und Landeshut bei den dortigen Jägern errichtet. Von der Beschaffung lebenden Wildes zum Aussetzen in wilde Gebiete wurde Abstand genommen, weil Böhmen und Ungarn zurzeit das notwendige Wild noch nicht ausliefern. In den Jagdverpachtungen im laufenden Jahre wird der Verein geschlossenen Stellung nehmen. In den Vorstand wurden gewählt: Majoratsherr v. Portatius (Schwarzwaldbau), Amtsgeschäftswitzel (Lieben), Prebiger (Fallenstein (Landeshut), Oberförster Künzler (Mittel-Schwarzwaldbau), Buchdruckereibesitzer Reißberg (Gottesberg). Der Jahresbeitrag wurde auf 12 Mk., für Förder auf 3 Mk. festgesetzt. Die nächste Versammlung findet mit Rücksicht auf die Bahnverbindungen am 13. März nachmittags in Ruppau statt.

* Verzinsung vorzeitiger Steuerzahlungen. Um den Steuerpflichtigen einen Anreiz zu geben, frühzeitig ihre Abgaben zu leisten, ist einerseits gesetzlich bestimmt, daß bei Abgabe vom Vermögenszuwachs und bei dem Reichsnotopfer die Vorleistung auf die Steuerzahlung (d. h. also die Steuerzahlung vor Ablauf des Leistungstermins) verzinst wird, und zwar werden bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs 6 Prozent vergütet und beim Reichsnotopfer für die Vorauszahlungen bis zum 30. Juni 1920 8 Prozent und für die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 4 Prozent. Andererseits aber muß derjenige, der seine Steuer verspätet zahlt, die nicht gezahlten Beträge dem Reich mit 5 Prozent verzinsen, und zwar beim Reichsnotopfer ab 1. Januar 1920 und bei der Abgabe vom Vermögenszuwachs vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab.

* Die Einreise nach Oberschlesien! Nach Mitteilung der französischen Regierung bedarf es zur Einreise nach Oberschlesien während der Dauer der Verwaltung durch die internationalisierte Kommission eines Passes, der mit einem französischen (!) Visum versehen sein muß. Das Visum wird in Deutschland zunächst durch die Kanzlei des französischen Geschäftsträgers in Berlin und nach Errichtung der französischen Konsulate auch durch diese erteilt.

* Friedland. Die verdächtigen „Futterrüben“. Dieser Tage lief auf hiesigem Güterbahnhof ein Waggon ein, beladene mit „Futterrüben“. Dies kam aber den Kontrollanten verdächtig vor und so wurde am Bahnhof aufgepaßt. Gegen 1 Uhr nachts kam ein Fuhrwerk angelockt, das die „Futterrüben“ abholen sollte. Dies war schon verdächtig. Der Waggon wurde beschlagnahmt und siehe da, es waren noch ganz andere Futtermittel drin, als: 10 Zentner seines Weizenmehl 00, 2 Zentner Weizenmehl 01, 2 Zentner Weizenmehl 02, 1 Zentner Gerstenschrot, 5 1/2 Zentner Hafer u. a. m. Adressiert war dieses an Kaufmann Raeger, Neuborf bei Friedland. In kurzer Zeit sind noch beschlagnahmt worden: einmal 17 Pfund Butter, einmal 14 1/2 Pfund Butter, einmal eine Kiste geschlachtetes Geflügel in Gottesberg.

* Altwasser. Todesfall. In einer Breslauer Klinik verstarb nach längerer Krankheit am Sonntag im Alter von erst 47 Jahren der praktische Arzt Dr. med. Ludwig von hier, der in hiesiger Gegend gegen 7 Jahre gewirkt hat und zwar nicht nur erfolgreich als Arzt, sondern auch segensreich in vieler anderer Beziehung und sich daher großer Sympathien erfreute.

* Kienitz. Einwohnerwehren. Unter Vorsitz des Amts- und Gemeindevorsteher Strenpel fand in der „Brauerei“ des Oberdorfes die Gründungsversammlung unserer Einwohnerwehren mit einer

ausführlichen Darlegung aller Voraussetzungen durch Kreisrat Michael statt. Alle Bevölkerungsteile aus dem Mutterdorf und Kienitz waren vertreten. Da unsere Verhältnisse an Wochentagen nur zu einem Drittel erscheinen können, wurde die Führerwahl für Sonntag den 7. März festgesetzt. Die Ziffer der Gemeindefürer ist bereits eine stattliche. Die Listen zur Einzeichnung liegen im Gemeindebüro aus.

Aus der Provinz.

Breslau. Eisenbahnunglück. Der D-Zug 1 Berlin—Oberschlesien fuhr gestern früh gegen 4 1/2 Uhr zwischen Leisewitz und Ohlau auf einer leerbahrenden Maschine auf. Beide Maschinen und drei Wagen des D-Zuges sind erheblich beschädigt. Zwei Reisende sind leicht verletzt. Die Reisenden mußten in einen von Breslau angeforderten Extrazug umsteigen, um die Weiterfahrt nach Oberschlesien zu ermöglichen. Der Personenverkehr wird mit einiger Verspätung aufrechterhalten. Güterzüge werden über Karlsmarkt umgeleitet.

Freiburg. 5 Zentner Weizenmehl beschlagnahmt wurden auf der Striegauer Chaussee von einem Zirkular-Lebensmittelkontrollleur. Dasselbe befand sich auf dem Wagen eines hiesigen Kohlenhändlerbesitzers und war für eine polnische Gaskochschiff bestimmt.

Peterswalde. Unterschlagungen des Gemeindefürers. Der hiesige Gemeindefürer Schönel ist am Sonnabend verhaftet worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß er 65 000 Mk. amtliche Gelder unterschlagen hat.

* Striegau. Mäßigung der Sozialdemokraten im Kommunalwahlkampf. Am Montag trafen zwei Vertreter des Oberpräsidenten in Striegau ein, um in Sachen des Kommunalwahlkampfes zwischen den beiden Parteien (Magistrat und sog. Stadtverordnetenversammlung) Verhandlungen anzuknüpfen. Ueber den Verlauf derselben wird u. a. folgendes mitgeteilt: Die geschehen Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und den im Konflikt befindlichen städtischen Körperschaften hatten folgendes Ergebnis: Die Sozialdemokraten glichen den Bedingungen des Magistrats, wobei an den Sitzungen teilzunehmen und die Debatten sachlich und ohne Spitze zu führen.

Dirschberg. Interessanter Hotelverkauf. Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß der Besitzer Hans Dörmel des Hotels „zum goldenen Frieden“ in Rammshölzchen einigen jüdischen oder polnischen Gästen zuliebe unter lebhaften Zusammenstößen mit anderen Gästen den Verkauf von Deutschland, Deutschland über alles“ in seinem Hause verboten habe. Seitdem war das Hotel natürlich von allen Deutschen gemieden worden, so daß es fast gänzlich leer stand. Der Besitzer hat es jetzt, wie es heißt, für nahezu eine Million an einen Auswärtigen verkauft.

Bunzlau. Hohe Preise beim Verkauf ländlicher Güter wurden in Tilsendorf erzielt. Gutsherr Welt verkaufte sein Gut Nr. 12 an einen Herrn Bernau aus Goldberg. Der Kaufpreis beträgt 250 000 Mk. Gutsherr Christian Bornmann verkaufte sein Gut, circa 120 Morgen groß, an einen Herrn Reich aus Bunzlau für 215 000 Mk. Gutsherr Bernhard Reich hat sein circa 860 Morgen großes Gut an einen Herrn Dreger aus Dresden für circa 410 000 Mk. verkauft. Gutsherr Aug. Kube verkaufte sein Gut für circa 110 000 Mk. an Herrn Gutsherr Welt in Tilsendorf.

Bunte Chronik.

Die Annahmsprobe im Gerichtssaal.

In einer scharfen Auseinandersetzung kam es in einer Strafkammerung des Potsdamer Landgerichts zwischen dem Vorsitzenden, Landgerichtsrat Dr. Korkel und dem ehemaligen Justizminister, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Der Vorsitzende machte den Verteidiger darauf aufmerksam, daß er ohne weiße Krawatte und ohne Krawatte sei. Der Verteidiger erwiderte, daß er im Annahmszimmer eine Krawatte nicht vorgefunden hätte. Der Vorsitzende wandte ein, daß den Berliner Anwälten von den Potsdamer Anwälten doch nicht noch Krawatten zur Verfügung gestellt werden könnten. Schließlich wurde, nachdem der Gerichtsschreiber auch ohne Krawatte im Gerichtssaal erschienen war, der Verteidiger gelassen. Als Dr. Rosenfeld ein auf dem Richterstuhl liegendes Strafgesetzbuch einschieben wollte, kam es zu einer neuen Auseinandersetzung und im Laufe der Verhandlung ließ der Rechtsanwalt durchblicken, daß er von Beginn der Verhandlung den Eindruck gehabt habe, daß der Vorsitzende gegen seinen Klienten voreingenommen sei. Das Gericht verurteilte hierauf Dr. Rosenfeld wegen Ungebühr vor Gericht zu 100 Mark Geldstrafe, seinen Klienten, der in erster Instanz wegen Bedrohung des künftigen Weirates der Beiliger Geistlichen freigesprochen worden war, zu zwei Monaten Gefängnis.

Kirchen- Nachrichten.

Gottesdienstordnung der kath. St. Barbara-Pfarrkirche in Waldburg-Altwasser.

Freitag den 27. Februar, abends 7 1/2 Uhr 2. Fastenpredigt. — Sonnabend den 28. Februar, nachm. 5 Uhr hl. Beichte für Kinder und Erwachsene, abends 7 Uhr hl. Beichte nur für Erwachsene. — Sonntag den 29. Februar, 2. Fastensonntag (Steminscere), früh 6 1/2 Uhr hl. Beichte, 9 1/2 Uhr Frühmesse, 8 Uhr Abendgottesdienst mit Predigt, 9 1/2 Uhr Predigt, Hochamt und hl. Segen. — Nachmittags 2 Uhr Kreuzwegandacht und hl. Segen. — An Wochentagen um 6 1/2 und 7 Uhr hl. Messe. — Dienstag nur um 7 Uhr hl. Messe.

mit ebenmäßigem Körperbau. Eine jede Bewegung deutete auf eine Muskulatur, die durch gesunde Strapazen und Nahrung eine eiserne Kraft erlangt haben mußte.

Neben ihm lehnte ein jovialer alter Herr. „Ich danke Ihnen für die genussreichen Stunden, die Sie mir auf der langen Fahrt von Lome bis hierher durch Ihre prachtvollen Erzählungen bereitet haben. Wissen Sie, von Jugend auf hat mich nichts mehr interessiert, als die fähigen Expeditionen unserer großen Forscher, die ihr Eisfer immer wieder in unerhörte Entbehrungen und Gefahren trieb. Ich habe zu Hause eine ganze Bibliothek Ihrer Werke.“

Der alte Herr schloß einen Augenblick und fuhr dann fort:

„Wenn ich so darüber nachdenke, hm, ja, — so muß ich doch sagen, die berühmten Forscher sind meist oder durchweg an der Spitze von großen, wundervoll ausgerüsteten Karawanen ausgezogen. Für ihre Sicherheit waren die denkbar größten Garantien vorhanden; allen ungünstigen Zufallsmöglichkeiten wurde, soweit dies anging, voraussehnend Rechnung getragen. Sie dagegen sind allein mit einem Neger von einer Rüste zur anderen gewandert durch unbekannte Gegenden, zu Völkern, die kaum je ein Europäer gesehen und deren grotesk wilden Gebräuchen Sie nur durch eine geradezu märchenhafte Kette von Wundern nicht zum Opfer fielen.“

Der andere nickte.

„Ich gebe es zu. Ich bereise jetzt selbst kaum, daß ich noch am Leben bin. Mindestens zwanzig mal besand ich mich in Lagen, wo ich selbst mich für sicher verloren hielt, und ich gehöre nicht zu denen, die den Tod vor Augen haben, wenn er die Hand nicht sehr ernstlich ausstreckt.“

Die Dämmerung brach herein. Es war neblig, der Dampf konnte nicht einfahren, er mußte auf der Reede vor Anker gehen. Raschend liefen die Ketten über die Kettenrinnen.

Eben fiel dem Afrikareisenden die frisch angezündete Zigarette zu Boden. Er bückte sich. In demselben Augenblick gab es einen Knack wie von Brechen des Eisens, und dort, wo vor einer Sekunde der Kopf des Mannes gewesen war, tauchte ein zentnerschweres Stück Rette durch die Luft.

Der alte Herr erblachte.

„Das wäre das einundzwanzigste Mal“, murmelte er. „Unglaublich, in der Tat.“

Aber damit war die Reihe der Wunder, durch die das Schicksal in eigenartiger Laune das Leben des fähigen Mannes schlichte, noch nicht erschöpft.

Bei Hochwasser machte der Dampfer an der Kai-mauer fest, die bei dem hochgehenden Schiffe mindestens 15 Meter tiefer als das Oberdeck lag.

Der Forscher kam in sorgloser Unachtsamkeit, die er sich auf dem sicheren Schiffe gestattetete, einem zur Gepäckbeförderung ausgeschwungenen Ladebaum zu nahe, erhielt von diesem einen Schlag gegen den Oberkörper und wurde über die Reeling geschleudert.

Die Frauen riefen Entsetzensschreie aus, die Männer durchrieselte ein Schauer.

Der alte joviale Herr sagte sich an die Stirn. „Hm, schwandte. Also doch noch vor Lorenschluß, denn, welcher Zufall sollte ihn hier retten?“

Und dennoch! Ein paar Minuten vorher hatte ein für die baldige neue Ausreise des Dampfers angemusterter Matrose seinen Reisefackel am Kai niedergelegt. Genau auf diesen Saal fiel der Unterleibbare.

Beicht erhob er sich, redete sich, gab dem Matrosen einen Geldschein und ließ die heruntergelassene Baufurche wieder hinan, zum Dampfer empor.

Man umringte ihn und schüttelte ihm die Hände, am lebhaftesten der alte Herr.

„Ich bin zwar nicht Ägyptens König, aber da wird einem ja angst und bange. Nicht Elemente, noch

Menschenleben, noch Zufall vermag Ihnen etwas anzuhängen; sie sind gesett.“

In froher Laune trennten sich die Reisegefährten. Der Forscher fuhr in seine Heimat.

Er besaß keine Verwandten und hielt sich eine Wohnung mit der allerersten Möbel wegen, die er nicht aufgeben wollte. Eine alte Magd betreute den Hausstand und versorgte ihren Herrn, so oft, oder vielmehr so selten der einmal für wenige Tage in seinem Heim Quartier bezog.

Es war Nacht. Im traumlosen Schlaf ruhten Körper und Geist des Mannes mit der stählernen Kraft.

Durch das weitgeöffnete Fenster drang die frische Nachtlust. Vom gegenüberliegenden Hause schien das gedämpfte Licht einer Krankenstube, einer Sterbestube herein und stellte eine leise Verbindung her zwischen den beiden Räumen, in denen einem ein Menschenleben hoffnungslos erlosch, während in dem anderen ein Mann auf dem Höhepunkte des Geistes neuen, energischen Lebensbetätigungen entgegenblickte.

Nur der Nacht hier wie dort.

Nur und regelmäßig tönten die Klingel des Forschers. Da plötzlich erscholl ein leises, leises Surren, in hohen, kaum wahrnehmbaren Tönen. Minutenlang. Dann schwieg auch dieses Geräusch. Ein Tierchen, kaum sichtbar für das bloße Auge, hatte sich auf dem Gesicht des Schlafers niedergelassen. Hier befand sich unter dem Auge eine Wunde, nicht größer als ein Nadelstich. Dorthin setzte sich die Mücke, um zu versuchen, den hundertsten Teil eines Bluttröpfchens zu ernaschen. Angestrengt versuchte das Tierchen, den winzigen Stachel einzuschieben, doch eine unwillkürliche Handbewegung des Mannes wischte das unscheinbare Leben hinweg.

Die Uhr schlug zwölf.

Es war vier Tage später. Der Arzt stand abermals vor dem Bette seines Patienten. Er schüttelte wieder den Kopf, doch lag in dieser Bewegung keine traurige Resignation, sondern freudiges Staunen, als er zu der jungen Frau sprach, die abgespannt und hoffnungslos im Sessel saß.

„Es ist kein Zweifel, das Unbegreifliche, hier ist's getan: sämtliche Organe beginnen wieder kraftvoller zu funktionieren, die Kräfte sind überstanden, liebe kleine Frau.“

Die sah ihn aus ihren großen Augen mit ungläubiger Seligkeit an.

„Ja, ja, und man hat häufiger beobachtet, daß nach derartigen Krankheiten eine gründliche Aufreicherung der Körperkräfte stattfindet. Wie dem auch sei, vorläufig haben wir ihn durch. Ernstliche organische Fehler sind nicht vorhanden, und ich sehe keinen Grund, weshalb nicht Ihr lieber Mann das biblische Alter erreichen könnte!“

An demselben Tage Angelte der alte joviale Herr, der sich auf der Durchreise befand, am Hause des Forschers. Eine alte Magd mit entseztlich verweintem Gesicht öffnete. Es roch stark nach allen möglichen Blumen.

„Den Herrn Doktor wollen Sie sprechen? Ach Gott, ach Gott, sprechen können Sie ihn nicht mehr, nur sehen.“ Damit öffnete sie eine Tür, und in einem schlichten Sarge lag der starke Mann.

Der joviale Herr war wie versteinert. Er vermochte nicht zu sprechen. Die Alte fuhr fort:

„In der Nacht muß ihn eine Mücke oder sonst ein Insekt gestochen haben. Zuerst hat er nicht darauf geachtet, am zweiten Tage war es zu spät, und gestern ist er gestorben.“

„Eine Mücke, ausgerechnet eine Mücke, diesen Menschen“, sagte der alte Herr tonlos.

Was wissen wir von Schicksal und Schidung?

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 49.

Waldenburg, den 26. Februar 1920.

Bd. XXXXVII.

Burg Rosenstein.

Eine schwäbische Geschichte von Fritz Rigel-Mainz.
Nachdruck und Dramatisierung verboten.

(8. Fortsetzung.)

Ein drohendes Geschrei erhob sich nach diesen Worten bei den Anstehenden. „So ist's — nicht anders kann es sein! Ein gottverdammter Hegermeister ist der Fremde! Ins Feuer mit dem Gauch!“

Es war ein gefährlicher Augenblick, aber Heinz verlor seine Geistesgegenwart nicht. Sein Schwert hoch in den Lüften schwingend, rief er gebieterisch:

„Wenn Ihr von solchem Wahn besangen seid, dann wachtet Euch, mir feindlich zu begegnen! Denn jeder ist des Todes, der mir naht! Auf ritterliche Art, mit gleichen Waffen hab' ich mit Kurt von Lautenburg gekämpft! Er ist besieg, doch schenkt ich ihm das Leben und bin bereit, mit jeder anderen Waffe, ob Streitart, Kolben, Wurfspeer oder was es immer sei, mich nochmals ritterlich mit ihm zu messen!“

Der immer noch wie versteinert dastehende Kurt von Lautenburg schien aus seiner halben Betäubung zu erwachen. Einen hagerfüllten Wirt auf den Sprecher wendend, rief er:

„Ich halte Euch beim Wort! Mit jeder Waffe wollt Ihr mir begegnen? Wohl, so stellt Euch meinen Fäusten! Zum Ringkampf fordere ich Euch!“

„Ich stelle mich, doch merkt — jetzt geht's auf Tod und Leben! Die Rücksicht laß ich nicht mehr walten, die ich den edlen Herren von Rosenstein zu schulden glaubte, als ich Euer Leben schonte! Hier liegt mein Schwert — kommt an!“

Und das Schwert von sich werfend, erwartete Heinz von Horn den Angriff des Gegners. Dieser ließ nicht auf sich warten. Mit einem triumphierenden Gebrüll stürzte er auf den ihn mit vorgeneigtem Oberkörper Erwartenden und suchte ihn an der Hüfte zu fassen. Aber wieder mußte er die Erfahrung machen, daß er die Kraft des jungen Ritters unterschätzt hatte. Es war ihm nicht möglich, diesen auch nur um eines Fußes Breite von seinem Platze zu verdrängen oder ihn in die Höhe zu heben, um ihn dann zerhackend auf den Boden zu schleudern — im Gegenteil mußte er seine ganze Kraft aufbieten, um unter den stahlharten Griffen und den unberechenbaren geschmeidigen Wendungen des Gegners auf den Füßen zu bleiben. Keuchend vor Anstrengung suchte er mit der ganzen Wucht sei-

nes gewaltigen Körpers von oben herab dem Feind das Rückgrat zu brechen, aber sein Ungesühl wurde ihm zum Verhängnis — plötzlich verloren seine Füße den Halt und frei schwebte sein Körper für den Bruchteil einer Sekunde, von den muskulösen Armen des Gegners emporgehoben, in der Luft, um dann mit dröhnendem Schläge rückwärts auf den Boden geschleudert zu werden.

Wieder ertönte lautes Rufen im Kreise, aber diesmal schwang in ihm nicht das dumpfe Drohen, wie bei dem vorigen Waffengang, vielmehr ließ daraus sich etwas wie Bewunderung und Beifall hören. Die ungeahnte gewaltige Körperkraft des Fremdlings zwang den wilden Genossen des Gefälles Anerkennung ab, und achtungsvolle Blicke richteten sich von allen Seiten auf den Sieger, der ruhig sein Schwert vom Boden aufnahm und in die Scheide steckte.

Mit geschlossenen Augen lag Kurt von Lautenburg auf dem Boden dahingestreckt — bewußtlos. Aus seinen Haaren quoll ein Blutstrom. Wie die sich eifrig um ihn bemühenden Ritter feststellten, war er bei seinem furchtbaren Sturze mit dem Haupte auf einen spitzen vorstehenden Stein aufgeschlagen und hatte eine klaffende Wunde davongetragen. Die Knechte liefen nach Wasser und Linnen, und Jörg von Rosenstein rief nach der alten Friedegund, die sich, wie der Ritter erwähnte, auf Behandlung von Wunden verstand. Nach kurzer Zeit erschien die nämliche alte Dienerin, die vorhin in der Halle so unerschrocken für ihre Herrin eingetreten war, und ordnete mit mürrischem Gesichte an, daß der immer noch kein Lebenszeichen von sich gebende Kurt von Lautenburg nach einem seitlich gelegenen Gelaß im Erdgeschoß getragen und dort auf ein Lager gebettet wurde. Dort begann sie sofort mit offenbarem Verständnis die Wunde zu untersuchen, nachdem sie alle, die ihr gefolgt waren, bis auf einen jungen Knecht, der ihr Handreichung leistete, mit feisenden Worten hinausgewiesen.

Während die Gäste der Burg sich in Gruppen im Hofe zusammenfanden und erregt durcheinander sprachen, war Heinz an die Mauerbrüstung getreten und sah in das Tal hinab. Das Bewußtsein, als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen zu sein, schwellte ihm die Brust, aber dennoch konnte er sich seines Sieges nicht so recht freuen. Hatte er sich doch mit demselben ohne Zweifel die Feindschaft der Genossen des Lautenburgs zugezogen, so daß seines Bleibens auf Burg Rosenstein nicht länger sein konnte. Zwar

hatte Gang von Rosenstein ihm mit seinem ritterlichen Worte gelobt, daß der Burgfrieden ihn auch nach dem Kampfe schütze, aber konnte er als widerwillig Gebuldeter und von allen schiel Angesehener das erfordern, was ihn hauptsächlich hierher geführt hatte? Wenn die wilden Gefellen dorten auch gewissermaßen seiner Kraft und Gewandtheit Anerkennung gezollt hatten, so hegten dieselben sicherlich keine freundlichen Gesinnungen gegen ihn, das sah er an den finster auf sich gerichteten Blicken, an der verdächtigen Art und Weise, mit welcher sie auf die beiden Herren der Burg einsprachen, gerade als wollten sie diese veranlassen, feindselig gegen ihn vorzugehen. Und noch ein anderes erfüllte ihn mit Besorgnis. Schon während seines Ganges in der Halle war es ihm gewesen, als hätte die alte häßliche Dienerin, die Friedegund, unausgesetzt ihre Blicke auf ihn geheftet, und deutlich hatte er vorhin, wie die Alte zu dem bewußtlosen Kurf von Lautenburg trat, wieder gesehen, wie sie ihn mit ihren stehenden Augen forschend betrachtete. Sollte Friedegund, die ehemalige treulose Amme, ihn an seiner Ähnlichkeit mit seiner Mutter erkannt haben, sollte sie wissen, daß der von ihm angenommene Name „von Fürstenberg“ derjenige des Bruders seiner Mutter war? Dann stand zu erwarten, daß er als ein Horn erkannt würde — als Sohn des Feindes Hans von Rosensteins, und daß dies hier eine Gefahr für ihn bedeutete, darüber konnte er nicht im Zweifel sein.

Ein wütendes Gohul der Hunde in dem neben dem Burgtor angebauten Zwinger entriß ihm seinem Gedankengang. Ausblickend gewahrte er mehrere Knechte, die eben aus dem Vorgang in den Burghof traten und auf mehreren kreuzweise übereinander gelegten Stangen eine Jagdbeute nach sich schleiften. Auf den ersten Blick erkannte Heinz an dem dunklen Rückenfell und den auffallend hellen Bauchhaaren des Tieres den riesigen Wolf, welchen er gestern im Tale droben erlegt hatte. Und gleichzeitig sah er, wie die schöne Walburga an einem der Fenster des ersten Stockwerkes erschien und gleich darauf wieder verschwand.

Die Knechte hatten ihre Last in die Mitte des Hofes geschleift, legten sie dort nieder, und einer von ihnen trat mit ehrenbietiger Verneigung auf die Herren von Rosenstein zu, die, wie die anderen Ritter, neugierig näher gekommen waren. Ehe der Mann seine Meldung erstatten konnte, fuhr ihn Jörg von Rosenstein unmutig an:

„Das ist der schwarze Wolf, den wir gedachten, morgen mit der ganzen Meute zu hegen! Wie kommt Ihr Euch erdreisten, uns zuvorzukommen? Hab' ich nicht streng geboten, ihn zu schonen?“

„Verzeiht, hochedler Herr“, erwiderte der Knecht, „nicht wir sind es gewesen, die das Untier fällten! Wir fanden es verendet droben im Tale unweit der Lammenschlucht!“

„Ihr fandet es verendet?“ fragte der Ritter,

indem er mit dem Fuße wider den Körper des Wolfes stieß. „Der Wolf ist waldderecht erlegt — dicht hinterm Blatt hat ihn der Speer getroffen!“

„Eure hochedle Schwester ritt gestern um die Mittagsstunde mit den beiden Rüden Greif und Fassan zum Jagen aus!“ bemerkte der Knecht.

„Dacht' ich es doch“, warf Gang von Rosenstein mit ärgerlichem Lachen ein, „daß unser liebes Schwesterlein die Hand im Spiele hat! Die Burga wußte, daß wir morgen hegen wollten und hat deshalb uns allen nur zum Lort —“

„Ich wußt' es nicht und tu' Euch nichts zum Lort!“ unterbrach den Sprecher Walburga, die plötzlich in dem Kreise erschien. „Gewiß kannst Du nicht leugnen, Gang, daß ich Dich und Jörgen schon seit Wochen angegangen habe, den Wolf zu hegen. Alltäglich fiel das Untier in die Herden, hat jüngst sogar ein armes Kind zerissen. Die Leute in dem Städtlein drunten wagten sich nicht mehr vor die Tore — die armen Dörfler nicht mehr über die Schwellen ihrer Hütten. Ihr habt mich stets vertrießt, aber nichts getan, das Land von diesem Schrecken zu befreien, wie es doch Eure Pflicht gewesen wäre. Da ritt ich gestern selbst hinaus mit meinen Rüden.“

Cheliches Erstaunen malte sich in den Gesichtern der Brüder, und Gang rief:

„Allein hast Du das Wagnis unternommen und hast den Wolf erlegt? Das ist fürwahr ein kühnes Stück gewesen, muß ich gestehen! Und alle Ehr' gebührt Dir, denn sicherer hätt' auch die stärkste Männerfaust den Speiß nicht werfen können!“

„Weidmannsheil der edlen Walburga von Rosenstein!“ riefen die Ritter im Kreise, doch die Jungfrau wehrte mit einer Handbewegung ab und sagte:

„Das Lob verdien' ich nicht und fern sei es mir, mit fremden Federn mich zu schmücken! Der Wolf ist nicht durch meine Hand gefallen!“

„Ist nicht durch Deine Hand gefallen?“ fragte Ritter Jörg. „Ja — durch wessen Hand denn sonst?“ Und als die Jungfrau nur vermeintlich den Kopf schüttelte, fuhr er fort:

„So hat ein Wildschütz sich erdreistet, in unserm Forst zu jagen? Du kennst den Schelm, das lese ich in Deinen Mienen! Heraus mit seinem Namen!“

Nuhig entgegnete die Jungfrau: „Du nennst den Wackren einen Schelm, dem es gelungen ist, das Raubtier zu erschlagen? Ist dies in Deinen Augen eine Missetat?“

„Wer den von uns gebotenen Wildbann bricht — auf Haar- und Federvild in unseren Forsten pirschet, verfällt der Bön! Ich will den Namen wissen!“ schrie Jörg.

„Erspare Dir die Worte!“ erwiderte Walburga kalt. „Von mir erfährst Du seinen Namen nicht!“

„Dann mir schon denken, wer es war!“

mischte sich Gang von Rosenstein in das Gespräch. „Kein anderer als der stöhl' Mainrad, denn unweit der Lammenschlucht haben die Knechte den Wolf gefunden. Schon längst hab' ich den alten Gauch in dem Verdacht, daß er zu Zeiten heimlich wildert!“

„Und Burga will den Alten nicht verraten, weil sie in seiner Hütte oftmals Einteuf' hält und Freundschaft mit dem Enkelkinde pflegt!“ setzte Jörg hinzu. „Doch soll ihn das nicht vor der Strafe schützen!“

Und sich an die im Kreise stehenden reißigen Knechte wendend, fuhr er gebieterisch fort:

„Lanzo und Bardolf, reitet ungeäumt mit einem halben Duzend Mannen nach des Mainrads Hütte und bringt den Alten her — ich will ihm die Zunge lösen!“

Die Knechte schickten sich an, dem Befehl zu gehorchen, da trat Heinz von Horn vor und sagte gelassen:

„In falschem Verdacht habt Ihr den Köhler, Herr Ritter! Er war es nicht, der diesen Wolf erlegte — das Untier ist durch meine Hand gefallen!“

In das diesem offenen Geständnis folgende laute Durcheinanderrufen der umstehenden Ritter schrie Jörg von Rosenstein mit funkelnden Augen hinein:

„Ihr habt den Wildbann unserer Burg gebrochen und magt Euch hierher?“

„Den Wildbann brach ich nicht!“ entgegnete Heinz mit ruhiger Würde. „Nicht mir erlaubt ist es in deutschen Landen jedem Manne, ein reißend Bier zu erschlagen, sondern sogar geboten! König Rudolfs Satzungen für deutsches Weidrecht —“

„Hier gilt kein anderes Weidrecht als das der Herren von Rosenstein!“ unterbrach Jörg mit drohnender Stimme. „Ihr habt dagegen freventlich gefehlet und seid der Bön verfallen, die nach unserem Recht Wildfreveler trifft!“

„Noch Eurem Recht? Gibt es ein eigenes Rosensteiner Recht in deutschen Landen, wo des Königs Macht gebietet?“

„Im Schwabenlande gebietet keines Königs Macht!“ fiel hier Gang von Rosenstein ein. „Hier sind wir Herren und kein König soll mit eitlen Satzungen das Herrenrecht uns nehmen! Macht Euch bereit zur Stühne Eures Frevels!“

„Kein Frevel ward von mir begangen und übel steht es Euch fürwahr an, Euer ritterlich Wort zu brechen, das mir Frieden auf Burg Rosenstein verhielt!“

In diesem Augenblick kam die alte Friedegund aus der Tür des Gelasses, in welches man den verwundeten Kurf von Lautenburg gebracht hatte, und trippelte mit verdrießlichem Gesichte quer über den Hof, dem Hauptgebäude zu. Neugierig wendeten sich aller Blicke nach ihr und Jörg von Rosenstein vertrat ihr den Weg.

„Bedarf der Lautenburger nicht mehr Deiner Pflege, weiß Du von hinnen gehst?“ fragte er rauh.

„Der Lautenburger Kurf bedarf auf Erden keiner Pflege mehr!“ erwiderte die Alte hämisch. „Dem tut kein Zahn mehr weh in diesem Leben — in seiner Sünden Blüte ist er dahingegangen!“

Eine ungeheure Bewegung bemächtigte sich nach diesen Worten sämtlicher Zuhörer. Bedauernde Ausrufe, Flüche, Betschwörungen wurden laut und drohend richteten sich aller Blicke auf Heinz von Horn, der einige Schritte zurücktrat und Miene machte, sein Schwert zu ziehen. Das wirkte aufreizend auf die ergrimnten Genossen des Erschlagenen. Mit wildem Geschrei zogen sie die Schwerter und schickten sich an, auf den sich zur verzweifelt Gegenwehr Bereitenden einzubringen.

Heinz wäre bei der Ueberzahl der Gegner wohl verloren gewesen, wenn Walburga von Rosenstein ihm nicht zu Hilfe geeilt wäre. Ein blankes Schwert in der Rechten, das sie einem der Ritter mit raschem Griff entriß, hatte, deckte sie den Gefährdeten mit ihrem Leibe und rief den Wütenden zu:

„Nieder die Schwerter! Wagt es nicht, das heil'ge Gastrecht zu verletzen!“

(Fortsetzung folgt.)

Im Witternacht.

Stizze von Alfred Manns.

Nachdruck verboten.

Der Arzt stand am Bette des Kranken, dessen abgemagerter Körper sich in zehrendem Fieber wand.

Eine unheimliche Ruhe herrschte im Raume, nur ab und zu unterbrochen durch das leise, bewußtlose Stöhnen des Sterbenden. Der Arzt schüttelte den Kopf. Nein, Menschenkunst war hier am Ende. Leiden aller Art hatten durch Jahre die Kräfte des Kranken erschöpft und nun war zu allem die schwere Lungenentzündung gekommen.

Im Nebenzimmer lag ein junges Weib. Mehrere Tage und vier Nächte hatte sie kein Auge geschlossen am Lager des Heißgeliebten. Mit Gewalt hatte der Arzt sie hinausgebracht und ein totensähnlicher Schlaf trug schnell den Sieg davon über Sorge, Qual und Trauen.

Der Tod aber schickte sich an, sein Werk zu vollenden.

Der Arzt, ein Freund des Kranken, legte die Hand an die Schläfe. Er dachte nach, ob er noch irgend etwas tun könne.

„Zum Ueberflusse könnte man noch einen Versuch machen mit —“

Der Sterbende lag nun vollkommen still. Nicht das leiseste Geräusch war zu vernehmen. Doch, ein winziger, heller Ton, kaum wahrnehmbar, durchstirrte den Raum. Eine Mücke, nicht größer als ein Millimeter, schwirrte hierhin und dorthin, streifte die Lippe des Kranken, ließ sich ein paar Sekunden darauf nieder und flog davon durchs Fenster. Wer weiß wohin? Sie mußte sich spüren, denn nur ein kurzes Leben war ihr von der Natur beschieden, vielleicht nicht länger als das des halbtothen Mannes.

Der Arzt erhob sich, schüttelte ein Pulver in ein Glas: „Nun dieses noch als Leutes — — —“ Die Uhr schlug zwölf.

Langsam fuhr der gewaltige Dampfer dem Hafen entgegen. Auf Deck stand ein sonnengebräunter Mann

der Erkrankten prozentual von Monat zu Monat wächst. Im ersten Vierteljahr waren von 78 Aufgenommenen 6 krank, im letzten Vierteljahr von 121 aber 54. Wird in Betracht gezogen, daß der Gitterpolizei naturgemäß nur ein kleiner Teil erkrankter Mädchen bekannt wird und sich eine große Anzahl von ihnen in privater Behandlung befindet, so wird die Größe der Gefahr jedermann offensichtlich. Es kann nicht genug immer wieder den Eltern dringend ans Herz gelegt werden, ihren Nachwuchs dem Bummelleben und dadurch der allgemeinen Verlotterung zu entziehen.

Damen im Nachtotal.
Von Gästen eines Berliner Nachtotalen überfallen und beraubt wurden zwei Damen aus dem Westen Berlins. Eine Frau Dr. S. von Kurfürstendamm und eine Frau Direktor B. aus Halensee besuchten ein Nachtotal am Kurfürstendamm, um sich das Treiben anzusehen. Die Damen saßen ohne Begleitung allein an einem Tisch, bis gegen 3 Uhr. Als männliche Gäste den Versuch machten, sich ihnen zu nähern und sie zum Tanz aufzufordern, lehnten sie ab und gingen weg. Durch ihren reichen Schmuck waren sie aber schon aufgefallen. Als sie aufbrachen, folgten ihnen ein Haufen von Männern und Weibern und fielen an der Ecke des Kurfürstendamms und der Johann-Siegesmund-Straße plötzlich über sie her und beraubten sie ihrer Handtaschen und der wertvollen Schmuckstücke, die sie ihnen vom Körper rissen. Ein Teil der Räuber wollte dann mit einer Droschke davonfahren, als einige Mitglieder der Einwohnerwehr, die sich auf einer Streife befanden, dazwinkten. Diese nahmen den Hebelstern den größten Teil ihrer Beute wieder ab, um sie den Beraubten wieder auszuhandigen, und stellten, soweit wie möglich, die Verhältnisse fest. Frau Dr. S. fehlte noch eine goldene Uhr, ein Zigarettenetui, eine Halskette aus Silbersteinen und ein Portemonnaie mit 200 Mk., der Frau Direktor B. ein Lederetui mit Portemonnaie mit 500 Mk. und eine Tabakdose aus friderizianischer Zeit. Die Frau Doktor wurde übrigens ziemlich übel angeschrien, während die Frau Direktor glimpflicher

davonkam. — Was haben auch wirklich Damen in einem solchen Lokal zu suchen? Gibt es ferner in Berlin keine Polizeihunde?

„Wilhelm Busch vor der Himmelstür.“
Auf der Leipziger Volksbühne fand die Uraufführung eines heiteren Spiels von Gustav Herrmann, „Wilhelm Busch vor der Himmelstür“, statt. Das Stück ist in derber, übermütiger Laune geschrieben, und zeigt uns, wie Hölle und Himmel sich den großen Humoristen freitig machen. Schließlich langt er aber doch vor der Himmelstür an, Petrus unterzieht ihn einer Aufnahmeprüfung, befreundet sich in lustiger Gesellschaft des heiligen Antonius von Padua rasch mit dem treuerzigen, fröhlichen Dichter, und als dieser aus seinen Werken vorliest, über die selbst der liebe Herrgott aus der Höhe lachen muß, darf Busch in den Himmel einziehen. Auf der Bühne tummeln sich alle bekannten Gestalten aus Busch's Schriften. Die Verse zeigen eine gewandte Hand und zeigen manchen zeigemäßigen, gelungenen Witz.

Letzte Telegramme.
Die oberöchl. Sicherheitswehr bleibt.
Opatowitz, 26. Februar. Entgegen dem Polenantrag bleibt die Sicherheitspolizei in Oberösterreich bestehen, weil die Sicherheitszustände namentlich in den ländlichen Bezirken und größeren Industriecentren ihr Verbleiben dringend erfordern. Die Militärkommission hat dem Polenantrag auf Abänderung des Ortsnamens Haidenburg in Jarze zugestimmt.

Teileinigung mit Polen.
Berlin, 26. Februar. In den Verhandlungen mit den Polen über die Übergänge gegen den Durchgangsbereich über den polnischen Korridor mit Ostpreußen haben die Polen die deutschen Vorschläge angenommen. Die neuen Beschlüsse unterliegen gegenwärtig der Zustimmung der Regierungen in Berlin und Warschau.

Nähernde Kreditverhandlungen.
Berlin, 26. Februar. Die Verhandlungen des Reiches über langfristige Kreditverträge mit den skandinavischen Staaten (analog dem Abkommen mit Holland) sind über die Vorbesprechungen bisher nicht hinausgeronnen. Die Verhandlungen ruhen zur Zeit.

Beschlüsse der Votschaster-Konferenz.
Paris, 26. Februar. Die Votschaster-Konferenz hat heute beschlossen, daß die Bewohner der Stadt Memel diplomatisch von Frankreich vertreten werden sollen. Mit der Beförderung des deutschen Marinematerials soll begonnen werden mit Ausnahme der Schiffe, die vorläufig oder endgültig einzelnen Staaten überwiesen werden sollen. Des ferneren ist bestimmt worden, an die deutsche Regierung das Ersuchen zu richten, eine direkte Schnellverbindungs-Paris-Berlin über Nürnberg zu begünstigen.

Französischer Sozialistenkongress.
Paris, 26. Februar. Gestern abend wurde in Straßburg der französische Sozialistenkongress eröffnet. Es ist nicht unmöglich, daß die Richtung Vorort auch in ganz Frankreich die Mehrheit erhält. In diesem Falle würde die französische Partei zweifellos eine Spaltung durchzumachen haben. Die Sitzungen des Straßburger Kongresses werden ungefähr 5 Tage dauern. Der Zweck des Kongresses ist eine sofortige Entscheidung der Frage, ob der Aufruf an die dritte Internationale von Lenin unverzüglich zu proklamieren sei. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird eine große Mehrheit für den sofortigen Aufruf stimmen.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. M. A. n. g. für Kellame und Inserate: G. A. u. d. e. r. s. sämtlich in Waldenburg.

Ich bin zur Rechtsanwaltschaft beim Amtsgericht Waldenburg i. Schl. zugelassen und übe meine Berufstätigkeit gemeinschaftlich mit Herrn Rechtsanwalt und Notar Gansse in Waldenburg, Scheuerstraße Nr. 19 (Krone), aus.
Müller, Rechtsanwalt.

Gartenhandlung
Schlossarczyk & Liebert,
Auenstraße 1 empfiehlt: Auenstraße 1
Gemüse- u. Blumenzucht, Futter- und Zuckerrüben, Gras- und Feldsamen in allerbesten, sortenrechten, höchst feinstmöglicher Qualität.
Saatgetreide: Vogelfutter: Glaserkitt Düngemittel sowie sämtl. Gartenbaugeräte.
Gartengärtnerei und Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt.

Versicherung
von Reisegepäck
gegen Diebstahl, Beraubung u. Abhandenkommen einschl. des Aufenthaltes im Hotel od. Kurhaus übernimmt zu mäßigen Prämien
„Vaterland“, Rückvers. A.-G.
Vertretung: Hermann Reuschel, Waldenburg, Auenstraße 37.

Kranken-An- u. Abmeldescheine sind vorrätig in der Geschäftsstelle der Waldenburger Zeitung.

Ein — hervorragendes Fachblatt seiner Art — ist die illustrierte „St. Hubertus“, (Anhang).
Bringt gediegene Aufsätze über Jagd, Schießsport, Hundezucht, Jagdwirtschaft, Fischerei und Naturkunde. Großer, prächtiger, schmuckvoller, wertvoller Kunstbeilage.
: Wirkungsvolles Anzeigenblatt.:
Bezugspreis 2.00 Mark für das Vierteljahr. — Jede Postanstalt und Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Probennummern
vollständig kostenlos bitten zu verlangen von dem
Verlag des St. Hubertus (P. Schellera Erb. G. m. b. H.)
Göthen (Anhang).

Offene Stellen
Dutzarbeiterin
Gertrud Höpping, Hermsdorf, Obere Hauptstraße Nr. 22.

Einem Schuhmachergehilfen
sucht Adolf Fischer, Hermsdorf, ob. Hauptstr. 37.

Einem jüngeren Schuhmachergehilfen
sucht Franz Bartsch, Weißstein, Altwasser Str. 1.

Ein Lehrling
kann Ostern noch eintreten bei Otto Schnäpkel, Kupferschmiederei und autogene Schweißerei, Neue Straße 2.

Kräftigen Arbeitsburschen
sucht für sofort F. Cohn, Friedländer Str. 31.

Jüngeres, ehrliches Mädchen
sucht zum 1. April d. J. O. Urban, Ober Menkendorf.

Ein älteres Mädchen
für Gastwirtschaft und häusliche Arbeit bei gutem Lohn für 1. April gesucht im Gasthof zur Erholung, Neßelgrund.

Junge Dame
mit Schreibmaschine und Stenographie völlig vertraut, sichere Rechnerin, wird für sofort gesucht. Zeugnisse mit Gehaltsansprüchen erbeten.
Deutsche Linde-Fabrik Friedrich & Co., Waldenburg i. Schl.

Wunderwaffen
Antersprigen, Brauentropfen, geg. Periodenstör. M. 6, stark M. 12, sanft-täglich Frauenartikel. Anfragen erbeten. Versandhaus Heuslager, Dresden 168, Am See 37.

Eine Wirtin für kleine Gastwirtschaft kann sich bald melden bei Radler, Schenkenstr. 9.

Stellengehuche
Wegen Veränderung der Wirtschaft suche ich zum 1. April Stellung als verh. Wirtschaftler oder Verwalter. Offerten unter H. H. 200 in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Fräulein,
37 Jahre alt, sucht Stellung als Wirtin in frauenlosem Haushalt. Angebote unter H. K. in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Verkaufe
Ein Sportwagen, sowie eine Gasanlage mit Lampe zu verkaufen bei Vogel, Mühlenstraße 19.

Zwei gut erhaltene Polsterstühle
stehen zum baldigen Verkauf bei Fr. Reichel, Scheuerstr. 14, III.

Kaufgeheuche
Füchse-, Marder-, Iltis-, Otter-Felle
aller Art, abgezogen
Maulwürfe pro Stück bis 15. — Mk.,
Robhaare
Schafwolle
werden zu enorm hohen Preisen gekauft. Versand durch Post oder Bahn. Kasse sofort nach Eingang.
Ostdutsche Einkaufs-Gesellschaft
Breslau, Schmiedebücke 50, Telephon: Ring 5233.

Rognak-, Sekt-, Rot- u. Weißwein-Flaschen, sowie Steinkrüge
kaufen zu höchsten Preisen
Gustav Seeliger, S. M. O. H.

ALTEISEN
kauft
Max Guttman, Dittersbach, Hauptstraße 2, Hermsdorf 804.

Diverse Aufgebot.
Zur Versicherung O. 0103401 ist der Hinterlegungschein des Gustav Speer in Neu Waldenburg abhanden gekommen. Falls ein Berechtigter sich nicht meldet, wird der Hinterlegungschein nach drei Monaten für kraftlos erklärt.
Berlin, den 11. Febr. 1920.
Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-Gesellschaft.

2 Freundinnen, 20 Jahre alt, wünschen auf diesem Wege Briefverkehr mit anständigen Herren zwecks Heirat. Bei 32-jähriger Witwer mit 1 bis 2 Kindern nicht ausgeschlossen. Gest. Off. unter M. E. 1000 postlagernd Bötzen, Bez. Breslau.

Prostheil
in Tuben,
Cosmetikum,
bei Prostheuten von sicherer Wirkung, bei Fr. Bentsch, Schloss-Drogerie, Ober Waldenburg.

Frauen Vorsicht!
Gebraucht bei Regelförderung und Störung meine in den härtesten Fällen bewährten Spezialmittel. Lassen Sie sich nicht irreführen durch teure, nutzlose Präparate, sondern bestellen Sie meine unerschöpflichen, erfolgreich wirkenden Mittel mit Garantie. Einen Versuch bei mir dürfen Sie nicht bereuen. Versand geschieht streng diskret.
S. Laarsen, Hamburg 6, Neuer Pferdemarkt 20.

Union-Theater!

Freitag: „Kronprinz Rudolf!“
Das große Geheimnis von Mayerling.
Heute letzter Tag: „Gardas-Fürstin!“

Amtliches

Kreispolizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zustimmung des Kreisaußenbüros für den ganzen Landkreis Waldenburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Im Kreise Waldenburg dürfen Leichen von Personen, welche in der Zeit vom 1. April bis 15. Oktober versterben, nicht länger als 24 Stunden im Sterbehause verbleiben; Leichen solcher Personen, welche in der Zeit vom 16. Oktober bis 31. März versterben, nicht länger als 24 Stunden. Sie müssen innerhalb der genannten Fristen der Erde übergeben oder in einen als solchen vorgesehenen Leichenraum geschafft werden.

§ 2. Keine Leiche darf beerdigt werden, bevor nicht eine von einem approbierten Arzte ausgestellte Todesbescheinigung beigebracht ist.

§ 3. Zur Beibringung der Todesbescheinigung ist derjenige verpflichtet, welcher nach § 57 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 den Sterbefall anzuzeigen hat. Sie ist innerhalb der durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Anzeigefrist dem Standesamte vorzulegen.

§ 4. Die Todesbescheinigung darf nur auf Grund persönlicher Ueberzeugung von dem eingetretenen Tode von einem approbierten Arzte ausgestellt werden.

§ 5. Die Kosten der Ausfertigung der Todesbescheinigung hat der zur Beerdigung Verpflichtete zu tragen.

§ 6. Wenn der Meldepflichtige behauptet, arm und außer Stande zu sein, einen Totenbeschauer zu bezahlen, so hat die Kreisamtskassette die Kosten zu übernehmen, vorbehaltlich ihres Rechtes, die Kosten von dem Meldepflichtigen auf dem Zwangsverwaltungsverfahren einzuziehen. In Erfüllung dieser Verpflichtung haben in der Stadt die Polizei, in den Landgemeinden die Gemeindevorsteher den unbemittelten Meldepflichtigen eine für den Arzte bestimmte Erklärung auszuhandigen des Inhalts, daß die Leichenschaffkosten in dem vorliegenden Falle aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.

§ 7. Die Vordrucke zu den Todesbescheinigungen werden in den Städten von den Polizeibehörden, in den Landgemeinden von den Gemeindevorstehern unentgeltlich verabfolgt.

§ 8. Wer diesen Vorschriften zuwider handelt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnismäßige Haft tritt, bestraft.

§ 9. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. März 1920 in Kraft. Waldenburg, den 27. Januar 1920.
Der komm. Landrat.

Weiter veröffentlicht.

Waldenburg, den 23. Februar 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

J. B.: Hiltawski.

Die Ausgabe der neuen Zutherkarten

für den Monat März erfolgt im Stadteil Waldenburg am Sonnabend den 28. Februar 1920, vormittags von 8 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Schützenhause“, Auenstraße 17, und im Stadteil Altkasser am Sonnabend den 28. Februar 1920, und zwar für die Charlottenbrunner Straße in Zimmer Nr. 1 und für die übrigen Straßen in Zimmer Nr. 12.

Die Karten sind pünktlich zu den festgesetzten Zeiten abzuholen. An Kinder oder nicht zuverlässig erscheinende Personen werden die Karten nicht ausgegeben. Zur Vermeidung von Weiterungen weisen wir die Hausbesitzer, sowie deren Mieter erneut darauf hin, zuviel oder zu unecht erhaltene Karten sofort dem städtischen Lebensmittelamt zurückzugeben.

Waldenburg, den 25. Februar 1920.

Städtisches Lebensmittelamt.

Kleinkinderfürsorge.

Jeden Donnerstag, nachmittags von 5—6 Uhr, hält in den Räumen der Säuglingsfürsorgestelle (Auenstraße Nr. 24) unser Stadtkr. Herr Dr. Richter eine Sprechstunde ab, in welcher in gleicher Weise wie in der Säuglingsfürsorgestelle unentgeltlich ärztlicher Rat über die Pflege, Ernährung und Erziehung von in Waldenburg wohnenden

Kindern von 1 bis 6 Jahren

erteilt wird.

Waldenburg, den 4. April 1918.

Der Magistrat.

Ober Waldenburg. Milchkarten.

Die Ausgabe der Milchkarten für den Monat März 1920 erfolgt am Freitag den 27. Februar 1920, und zwar:

A—K von 8 bis 10 Uhr vormittags,

L—Z von 10 bis 12 Uhr vormittags,

im hiesigen Lebensmittelamt.

Ober Waldenburg, den 25. 2. 20. Gemeindevorsteher.

Dittersbach.

Gemäß §§ 1—3 der Anordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, wird für die Gemeinde Dittersbach als Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen ein Zuschlag von 20 v. H. zur Miete vom 1. Juli 1914 vorgeschrieben.

Dittersbach, den 25. 2. 20. Der Gemeindevorsteher.

Fürsorgestelle für Alkoholkranke.

Sprechstunden Mittwoch vorm. 9—10 und nachm. 5—8 Uhr,

Mühlentstraße 25, 1.

Unentgeltliche Raterteilung.

Größte Verschwiegenheit.

Damenhüte

zum Umpressen und Modernisieren bitte mir jetzt schon zu überweisen.

Neuheiten in Formen

liegen vor.

Otilie Krüger,

Gartenstraße 26. Fernspr. 545.

Erster ununterbrochener Dänischer Kautabak

aus den größten und erstklassigen Kautabakfabriken Dänemarks. Prima saftige Ware. Garantiert nicht schimmelnd. 1 Stange 0.90 Mk., 100 Stangen 75 Mk., 20 Probestangen versende geg. Einzahlung von 16 Mk. portofrei. Nachnahmen kosten 85 Pfg. mehr.

Albert Freudentheil, Wessiburen 24 (Hofheim).

Einer gütigen Beachtung

empfiehlt sich die

Hannburger Topfniederlage

Hochwaldstraße 11, neben der städtischen Viehweide. Neuestes renommirtes Spezialgeschäft dieser Branche am hiesig. Plage. Stets großes Lager. En gros. En detail.

Vereins- u. Vergnügungsanzeigen

Schiklub Waldenburg.

Montag, 1. März, abds. 8 Uhr, :: Physikal. d. städt. Realschule: Lichtbildervortrag (Schneelauf und -Spring, Damenkleidung, Schilau). Eintritt 2 Mark. Kursteilnehmer frei.

Verein Schlesischer Gastwirte von Waldenburg und Umgegend (G. V.).

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

(General-Versammlung)

Donnerstag den 4. März c., nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal Hotel „Gold. Schwert“, Waldenburg. Nach der Generalversammlung: Freisprechen von Lehrlingen, Prämierung Treudienender, sowie Ehrung von Jubilaren.

Punkt Monats-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird ersucht.

Der Vorsitzende. Julius Fries.

Gasthof zur „Stadt Friedland“. Ausschank von Schultzeiß-Bier.



Veteranen- u. Kriegerverein Waldenburg.

Sonntag den 29. Februar 1920, vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Appell

in der Halle d. „Stadtbrauerei.“

1. Eingliederung der Beiträge.
 2. Aufnahmen neuer Mitglieder.
 3. Vereinsangelegenheiten.
 4. Anträge, Mitteilungen.
- Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.



Stadttheater

in Waldenburg.

Sonntag den 29. Februar c.:

Zum ersten Mal!

Unter Mitwirkung der gesamten Bergkapelle.

Das Dreimäderlhaus.

Singspiel in 3 Akten.

Musik von Franz Schubert.



Stenographen-Verein „Stolze-Schrey“, Waldenburg. Vereinslokal: Gortauer Bierhalle. Übungsabend Dienstag. Beginn 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Orient-Theater Freitagsabende Heute letzter Tag!

Henny Porten

in ihrem neuesten Filmwerk:

Die Fahrt ins Blaue.

Ab morgen Freitag!

Das große Kunstfilmwerk:

Malaria.

Ferner:

Stuart Webbs

in seinem neuesten Filmwerk:

Die Brüder von St. Paraditus!

I. Teil. I. Teil.

Ap.-L.

Apollo-Lichtspiele, Ober Waldenburg.

Heute letzter Tag!

Magda Madeleine

in:

Das Licht in der Nacht.

Ein Erfinderschicksal in 4 Akten.

Steigende Spannung von Anfang bis Ende.

Das pikante Lustspiel:

Schuster Wuttke wird Millionär!

In 2 Akten.

Rezitation durch Fräul. Hela Kalusche.

Ab Freitag:

Riesenhafte, prachtvolles

drittes Doppelschlager-Programm:

„Mazeppa!“

Der Volksheld der Ukraine, mit Werner Kraus, dem

Hauptdarsteller in „Tscherkessenblut“, in der

Hauptrolle.

Beachten Sie, bitte, die

neueste Reklame.

Heldere Damen und Herren,

sowie verheiratete Ehepaare können an einem bequamen

ginnenden Jodel für nur

moderne Tänze

noch teilnehmen.

Anmeldungen und Auskunft durch Tanzlehrer

A. Geyer u. Frau.